

# Zweiter Frankfurter Demokratiekonvent

## „Frankfurt macht (Klima)Politik“

Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitstudie

Julian Frinken  
Prof. Dr. Claudia Landwehr

Durchgeführt im Auftrag von mehr als wählen e.V.

Februar 2023

## Inhaltsverzeichnis

1. Über den Demokratiekonvent .....	3
2. Ablauf des Demokratiekonvents.....	4
3. Wissenschaftliche Begleitung des Demokratiekonvents.....	6
3.1 Integrität der Prozessgestaltung .....	6
3.2 Rahmenbedingungen der Deliberation .....	13
3.3 Auswirkungen und Folgen des Prozesses.....	25
4. Fazit .....	27
Literaturverzeichnis.....	29

Frinken, Julian/Landwehr, Claudia (2023): Zweiter Frankfurter Demokratiekonvent „Frankfurt macht (Klima)Politik“: Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitstudie, Lehrstuhl für Politische Theorie und Public Policy am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Julian Frinken  
Institut für Politikwissenschaft  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
Jakob-Welder-Weg 12  
55128 Mainz

[frinken@politik.uni-mainz.de](mailto:frinken@politik.uni-mainz.de)

Prof. Dr. Claudia Landwehr  
Institut für Politikwissenschaft  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
Jakob-Welder-Weg 12  
55128 Mainz

[landwehr@politik.uni-mainz.de](mailto:landwehr@politik.uni-mainz.de)

# 1. Über den Demokratiekonvent<sup>1</sup>

Der „Zweite Frankfurter Demokratiekonvent“ (im Folgenden „DKII“) fand an zwei Wochenenden im Oktober und November 2021 unter dem Leitsatz „Frankfurt macht (Klima)Politik“ in Frankfurt am Main statt. Die 50 Teilnehmenden wurden mit Hilfe einer Mischung von Los- und aufsuchenden Verfahren aus den Frankfurter Einwohner:innen ausgewählt und erarbeiteten fünf klimapolitische Forderungen sowie vier Projektideen, die in Form einer Handlungsempfehlung der Frankfurter Stadtpolitik vorgelegt wurden.

Dieser Abschlussbericht fasst die Ergebnisse der unabhängigen wissenschaftlichen Begleitstudie des Demokratiekonvents zusammen. Diese wurde durch Julian Frinken und Prof. Dr. Claudia Landwehr vom Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vorgenommen. Die Auswertung stützt sich auf eine teilnehmende Beobachtung und zwei Befragungsbögen, welche die Teilnehmenden unmittelbar vor sowie unmittelbar nach dem Prozess ausfüllten. Das Organisationsteam des Demokratiekonvents stand der wissenschaftlichen Evaluation mit Ideen, logistischer Hilfe und nachträglichen, reflektierenden Gesprächen zur Seite.

Der DKII tagte an insgesamt vier Tagen (30/31.10.2021 & 20./21.11.2021). Initiierende und durchführende Organisation war der Verein „mehr als wählen e.V.“, ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Frankfurt am Main, der sich die Demokratieförderung, die politische Bildung und die Verbreitung von demokratischen Innovationen als Ziele gesetzt hat. Die positiven Erfahrungen eines ersten Demokratiekonvents, welcher durch „mehr als wählen e.V.“ im Jahr 2019 zu Fragen der Bürger:innenbeteiligung durchgeführt wurde, legten den Grundstein dafür, dass der DKII in Kooperation mit und durch finanzielle Unterstützung von der Stadt Frankfurt stattfinden konnte.

Die insgesamt 50 Teilnehmenden des Demokratiekonvents wurden zu zwei Dritteln per Zufallsauswahl aus dem Melderegister der Stadt Frankfurt rekrutiert. Das verbleibende Drittel wurde durch ein aufsuchendes Verfahren der bewussten Ansprache unterrepräsentierter Gruppen ausgewählt. Zielgruppenspezifisch wurden dazu Organisationen wie die Lebenshilfe, ein queeres Jugendzentrum und migrantische Verbände angesprochen, um aus deren Reihen jeweils Teilnehmende einladen zu können. Die deutsche Staatsbürgerschaft war kein Kriterium der Teilnahme. Bewusst ging es darum, Menschen mit Wohnsitz in Frankfurt, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, einzuladen. Die Altersspanne der Teilnehmenden lag zwischen 16 und 83 Jahren.

Das Ziel war es, „einerseits der Komplexität und Diversität von Klimapolitik Rechnung zu tragen, andererseits politische Beteiligung für alle zu ermöglichen“ (mehr als wählen 2021: 7). Menschen, die im Alltag kaum gemeinsam politisch handeln würden, sollten auf informierte Weise in einen Dialog gebracht werden, um schließlich konkrete Handlungsempfehlungen für die Stadtpolitik bezüglich drängender klimapolitischer Fragen zu formulieren. Es war dabei auch explizit ein Ziel des Prozesses, unterrepräsentierten Gruppen Zugang zu verschaffen, wozu die erwähnte Kombination aus Losauswahl und aufsuchendem Verfahren Anwendung fand.

Das Ergebnis des Verfahrens besteht in einer verschriftlichen Handlungsempfehlung (mehr als wählen 2021), die sich an die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung sowie die betreffenden Dezernate richtet. 40 Teilnehmende des DKII haben die darin enthaltenen Forderungen und Projektideen mit jeweils mindestens einer Zweidrittelmehrheit beschlossen.

Mit seinen Eigenschaften der (teilweisen) Losauswahl von Teilnehmenden, der moderierten (Kleingruppen-)Deliberation und des Informationsinputs durch Stakeholder und Expert:innen zählt der

---

<sup>1</sup> Wir danken Paul Weingärtner für die exzellente Unterstützung in der Erstellung dieser Studie.

DKII zu einer bestimmten Gruppe von Bürger:innenbeteiligungsverfahren, die unter dem Begriff der „Mini-Publics“ zusammengefasst werden (Setälä/Smith 2018: 301). Zunehmend finden diese in vielen Ländern und auf unterschiedlichen Ebenen Anwendung in politischen Entscheidungsfindungsprozessen; vor allem im Feld der Klimapolitik (Cherry et al. 2021; OECD 2021). Nach einem deskriptiven Überblick über den Ablauf des DKII folgt eine dreigliedrige Auswertung des Verfahrens, welche sich grob an den von der OECD (2021) formulierten Kriterien orientiert. Diese erlaubt einige begrenzte Aussagen zur Qualität des Prozesses und kann einige Impulse mit Blick auf interessante Forschungsfragen geben.

## 2. Ablauf des Demokratiekonvents

Das erste der beiden Wochenenden diente dem gegenseitigen Kennenlernen, der Reflexion der jeweiligen Motivationen und der Information zum Thema. Am ersten Tag, dem 30.10.2021, fand zunächst eine Begrüßung durch das Organisationsteam statt, wobei auch die Ziele des Vorhabens sowie die Diskussionsregeln dargestellt wurden. In Kleingruppen sollten sich die Teilnehmenden die Motivation ihrer Teilnahme bewusst machen. Es folgten ein Grußwort der Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg und einige Kennlernspiele. Anschließend fand, erneut in Kleingruppen, ein Austausch über die Bedeutung von Klimaschutz für die Teilnehmenden statt. Die Ergebnisse wurden im Plenum zusammengetragen. Dies gab dem Organisationsteam die Gelegenheit, die Erwartungen der Teilnehmenden zu ermitteln und einzuordnen. So wurde zu diesem Anlass etwa kommuniziert, dass die Dezernate oder die Stadtverordnetenversammlung sich nicht zur Umsetzung der Empfehlungen des DKII verpflichtet hätten; dass jedoch sehr wohl ein Anhörungsrecht vor den zuständigen Ausschüssen und Dezernaten bestehe und regelmäßige Nachverfolgung des Umgangs mit den Ergebnissen geplant sei. Dieser Block des Erwartungsmanagements wurde demonstrativ für die Anbindung des DKII an die Stadtpolitik von Eileen O’Sullivan, Stadträtin und Dezernentin für Digitalisierung, Bürger:innenservice, Teilhabe und EU-Angelegenheiten, begleitet. Nachmittags folgte der erste Wissensinput, welcher in einem weiten Sinne die Klimapolitik der Stadt Frankfurt zum Gegenstand hatte. Begonnen wurde dieser durch einen Vortrag von Andrea Graf, Referentin für Energie und Klimaschutz des Umweltvereins „BUND Hessen“, an den sich eine offene Fragerunde anschloss. Ein weiterer Input von Paul Fay aus dem städtischen Energiereferat ergänzte das Gelernte um die Innenansicht der Verwaltung. Als ein weiterer Wissensbaustein kam die Methode eines „Marktplatzes der Möglichkeiten“ zur Anwendung: Die Teilnehmenden konnten sich an verschiedenen Stellwänden darüber informieren, was die Stadt im Bereich des Klimaschutzes bereits leistet. Begleitet wurde dieser Baustein von Mitarbeitenden der Dezernate für Umwelt, Mobilität, Bauen und Planen. Als Sachkundiger stand erneut Paul Fay für Rückfragen bereit.

Der zweite Tag, der 31.10.2021, startete mit einem Rückblick auf den Vortag, woraufhin in Kleingruppen der Wissensstand zu den Klimaschutzmaßnahmen der Stadt Frankfurt reflektiert wurde, um diesen seitens der Teilnehmenden zu evaluieren und erste Ideen zur Verbesserung – auch hinsichtlich der eigenen Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten – zu entwickeln. Die Ergebnisse der Kleingruppen wurden im gesamten Plenum vorgestellt und diskutiert. Am Nachmittag folgte ein weiterer „Marktplatz der Möglichkeiten“. Dieses Mal wurden sowohl zivilgesellschaftliche Initiativen aus der Stadt Frankfurt als auch Projekte aus anderen Städten, als Beispiele von „best practices“, an verschiedenen Stationen vorgestellt. Dazu waren einige externe Gäste geladen, um den Teilnehmenden ihre eigenen Projekte näherzubringen und Fragen zu beantworten. Das Organisations- und Durchführungsteam protokollierte die Diskussionen an den jeweiligen Stationen. Abschließend wurden zunächst in Kleingruppen und dann in der versammelten Runde die bisherigen Erkenntnisse

und Ideen der Teilnehmenden gesammelt und zur Anschauung an einer Pinnwand als „Ideenspeicher“ festgehalten.

Das zweite Wochenende diente der vertiefenden Arbeit an den eigenen Ideen und Standpunkten. Hier wurden die konkreten Forderungen und Projektideen ausgearbeitet, beschlossen und abgestimmt. Der erste dieser beiden Tage, der 20.11.2021, gab den Teilnehmenden nach einem Rückblick auf das Erreichte Raum dafür, in acht Kleingruppen ihre eigenen Ideen und Visionen für Klimaschutz in der Stadt zu erarbeiten. So wurden mit Rückgriff auf den zuvor erstellten „Ideenspeicher“ konkrete Forderungen und Projektideen formuliert. Für den Nachmittag wurden Stadtverordnete unterschiedlicher Parteien geladen, die den verschiedenen Kleingruppen zugeordnet wurden und dort für Rückfragen und erste Diskussionen ihrer konkreten Forderungen oder Projektideen zur Verfügung standen. Im gesamten Plenum wurde anschließend der Modus der für den folgenden Tag angesetzten Abstimmung über die Ergebnisse zur Debatte gestellt und beschlossen. Die teilnehmenden Bürger:innen beschlossen selbst, dass es keine Möglichkeit der Enthaltung geben sollte und Beschlüsse eine Zweidrittelmehrheit erfordern sollten, um als angenommen zu gelten.

Der darauffolgende Vormittag des 21.11.2021 stand im Zeichen letzter Feedbackschleifen und der Finalisierung der Ideen der einzelnen Gruppen. In den Kleingruppen wurden zunächst letzte offene Fragen geklärt und das Feedback der Stadtverordneten eingearbeitet. Die Projekte und Forderungen wurden präsentationsfähig gemacht und im Anschluss jeweils vor der gesamten Runde vorgestellt. Dabei wurden Rückmeldungen der je anderen Teilnehmenden eingeholt, die in einer letzten Kleingruppenbesprechung Beachtung finden konnten. Mit dem Bus („Demokratiewagen“) fuhr der gesamte Demokratiekonvent dann zum Frankfurter Römer in die Stadtverordnetenversammlung, wo die Teilnehmenden von der Sprecherin der Versammlung und dem Kämmerer begrüßt wurden. Dort stellten die jeweiligen Kleingruppen ihre finalen Forderungen und Projekte vor, über die dann die gesamte Gruppe des DKII abstimmte. Teilweise wurde über Teilaspekte der Forderungen einzeln abgestimmt, um ein differenzierteres Meinungsbild der Gruppe zu erhalten. Bei Gegenstimmen waren die jeweiligen Personen dazu angehalten, ihre Gründe direkt auf die Stimmkarte zu schreiben. Diese wurden mit den Handlungsempfehlungen abgedruckt, um auch den geäußerten Gegenargumenten und Bedenken Rechnung zu tragen. Alle Forderungen wurden, in Teilen sogar einstimmig, angenommen. Gefordert wird von den Bürger:innen im Kern eine Steigerung der klimapolitischen Ambitionen der Stadt Frankfurt in allen Bereichen, insbesondere auch eine verbesserte Transparenz, zielgruppenorientierte Kommunikation und wirksame Maßnahmen im Bereich der Mobilität. Die vier konkreten Projektideen wurden ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen, zwei davon einstimmig.

Die 22-seitige Handlungsempfehlung wurde der Stadtverordnetenversammlung sowie den entsprechenden Dezernaten überreicht. Sie wurde auf der Website des Demokratiekonvents veröffentlicht und über Social-Media-Kanäle gestreut. Weiterhin wurden die Ergebnisse am 25.02.2022 vor Mitgliedern des Magistrats vorgestellt. Anwesend waren Vertreter:innen der durchführenden Organisation, einige Teilnehmende des DKII sowie Pressevertreter:innen. Die Mitglieder des Magistrats nahmen Stellung zur Handlungsempfehlung und zeigten sich dabei überwiegend dankbar und zustimmend (Eichhorn 2022). Für Februar 2023 ist eine Nachfolgeveranstaltung geplant, in der Organisator:innen und Teilnehmende des Konvents einen gemeinsamen Blick auf den bisherigen Umgang mit den Empfehlungen werfen.

### 3. Wissenschaftliche Begleitung des Demokratiekonvents

Neben einer teilnehmenden Beobachtung fand eine Befragung der Teilnehmenden vor und nach dem Prozess statt. Zeitpunkt der ersten Befragung war am 30.10.2021 unmittelbar vor dem offiziellen Beginn der Veranstaltung. Zeitpunkt der zweiten Befragung war am 21.11.2021 zwischen Abschluss des Beratungsprozesses und Abstimmung der Ergebnisse. Die Fragebögen konnten vor Ort über einen Online-Zugang am eigenen Smartphone sowie alternativ als Paper-Pencil-Version ausgefüllt werden.

Die Evaluation orientiert sich in groben Zügen an dem von der OECD (2021: 17) entwickelten dreischrittigen Evaluationsrahmen repräsentativer deliberativer Prozesse. Demnach bilden die drei Schritte „process design integrity“, „deliberative experience“ und „pathways to impact“ den gesamten Prozesszyklus eines losbasierten Beteiligungsverfahrens ab. Unter jeden dieser Schritte fallen, je nach Charakter des zu evaluierenden Prozesses, spezifische Kriterien (ebd.: 18). Dieser grundlegende Dreischritt wird für die vorliegende Evaluation übernommen, wobei lediglich die Bezeichnungen leicht angepasst wurden (Abbildung 1). Die gesamte Fülle der in OECD (2021) aufgeführten Kriterien kann in der vorliegenden Evaluation nicht behandelt werden, da hierzu nicht genug Daten erhoben und/oder Beobachtungen angestellt werden konnten. Die in Abbildung 1 aufgeführten Kriterien wurden sowohl für relevant als auch bewertbar gehalten und gehen zu einem Teil aus der Beobachtung selbst sowie aus einer breiten Rezeption der entsprechenden Literatur hervor.

<b>Integrität der Prozessgestaltung</b>	<b>Rahmenbedingungen der Deliberation</b>	<b>Auswirkungen des Prozesses</b>
(a) Relevanz des Politikproblems und Zweckmäßigkeit des Verfahrens (b) Fragestellung und Prozessdesign (c) Verknüpfung mit dem weiteren politischen Entscheidungsprozess (d) Repräsentativität und externe Inklusion	(a) Bereitstellung von Informationen (b) Interne Inklusion und Deliberation	(a) Reaktion und Folgebearbeitung (b) Einfluss auf die Teilnehmenden

Abbildung 1: Evaluationsschritte und die jeweils darunterfallenden Kriterien.

#### 3.1 Integrität der Prozessgestaltung

Das Design des Beteiligungsprozesses stellt den ersten Schritt des zu evaluierenden Zyklus dar. Die folgenreichen Entscheidungen, die dabei von den Organisator:innen getroffen werden, beeinflussen auf unterschiedliche Weisen die aus dem Prozess hervorgehenden Empfehlungen (Cherry et al. 2021: 4). Sie beziehen sich auf die vier Bereiche der Auswahl eines relevanten und dem Prozess angemessenen Politikproblems (a), der Formulierung der Fragestellung vor dem Hintergrund der Verfahrensgestaltung (b), der Verknüpfung mit dem weiteren politischen Entscheidungszyklus (c) und der Repräsentativität und Inklusivität der Gruppe von Teilnehmenden (d).

### *(a) Relevanz des Politikproblems und Zweckmäßigkeit des Verfahrens*

Mini-Publics sind nur dann als geeignete Partizipationsinstrumente zu begreifen, wenn sie relevante politische Fragen zum Gegenstand haben, die durch das vorgegebene Verfahren prinzipiell effektiv bearbeitet werden können. Es steht nicht zur Debatte, dass das Feld der Klimaschutzpolitik hochrelevant ist und es hier auf allen Ebenen der politischen Steuerung und Nachbesserung bedarf. Die Organisator:innen verweisen zurecht darauf, dass eine effektive Klimaschutzpolitik in letzter Instanz zwar von globalem Ausmaß sein muss, die kommunale Ebene als Keimzelle politischen Handelns jedoch wichtige Beiträge liefern kann (mehr als wählen 2021: 8). Die Beteiligung von Bürger:innen auf dieser Ebene kann sie für das Thema in ihren alltäglichen Kontexten sensibilisieren und Raum für Selbstwirksamkeitserfahrungen schaffen (Fishkin 2009: 141; Knobloch/Gastil 2015). Dies kann auch über den eigentlichen Prozess hinauswirken, indem Teilnehmende sich dem Gegenstand weiterhin verbunden fühlen und politisch aktiv bleiben, in Einzelfällen gar für politische Ämter kandidieren (Giraudet et al. 2022: 9). Über das Verfahren werden hierzu relevante Hebel vermittelt und entsprechende Forderungen formuliert. Vor dem Hintergrund der Zielsetzungen des Zweiten Frankfurter Demokratiekonvents (mehr als wählen 2021: 8) kann der Prozess deshalb als prinzipiell geeignet dazu gelten, breite Beteiligung ganz verschiedener Gesellschaftsgruppen im relevanten und komplexen Feld der städtischen Klimapolitik zu initiieren.

### *(b) Fragestellung und Prozessdesign*

In der Formulierung der Fragestellung einer Mini-Public gibt grundsätzlich einen Zielkonflikt zwischen deren Umfang und Präzision (Elstub et al. 2021: 2): Eine präzise Fragestellung ermöglicht den Teilnehmenden eher, sich genügend Wissen anzueignen und zielgerichtet informierte und konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Eine weite Aufgabenstellung von größerem Umfang wiederum gibt ihnen mehr Freiheit, die Parameter des Gegenstands nach Gewinnung eines breiten Überblicks selbst zu bestimmen und eine eigene Interpretation der Problemlage zu entwickeln. Sie gibt ihnen also mehr Kontrolle über die Priorisierung einzelner Aspekte und das „agenda-setting“ (Farrell et al. 2019: 9). Gerade unter der Bedingung eines eng begrenzten Zeitrahmens sollte die Fragestellung folglich eher konkret gestellt sein, um eine sinnvolle Beschäftigung mit dem Thema und aussagekräftige Empfehlungen zu gewährleisten. Das hat zusätzlich den Vorteil eines realistischen Erwartungsmanagements gegenüber den Teilnehmenden und den adressierten politischen Stellen. In dieser Hinsicht ist der Auftrag an den Demokratiekonvent zu allgemein formuliert: Der Titel „Frankfurt macht (Klima)Politik“ zeigt an, dass es klimapolitisch „ums Ganze“ geht. In der Einladung heißt es, dass es darum ginge, Ideen und Empfehlungen dahingehend zu entwickeln, was die Stadt Frankfurt im Bereich der Klimapolitik tun könne. Diese allgemeine Ausrichtung bei einem zugleich sehr begrenzten Zeitrahmen von zwei Wochenenden bringt die Gefahr mit sich, dass sich nur recht allgemeine und schwammige Politikempfehlungen formulieren lassen, welche dann seitens der verantwortlichen Stellen leichter ignoriert werden können.

Den Organisator:innen des DKII war dieses Problem bewusst. Die breite Anlage des Prozesses diene aus ihrer Perspektive vor allem dem Zweck, die Teilnehmenden fundiert über die vielen Klimaschutzaktivitäten und -probleme der Stadt zu informieren, um damit über das Aufzeigen von Gestaltungsoptionen zum politischen Handeln anzuregen. Der weite Rahmen ermöglicht, wie eingangs erwähnt, diese beabsichtigte Überschau über das komplexe Feld der Klimapolitik, wenn auch in schwächerer Auflösung, so doch immerhin in großem Umfang. Das hilft auch, Zusammenhänge und Interdependenzen zwischen ganz unterschiedlichen Politikbereichen zu verdeutlichen. Das von einer Kleingruppe Teilnehmender entworfene Projekt „Kompetenzvermittlung Klimaschutz“ lässt erkennen, dass eben jenes Komplexitätsbewusstsein zum Tragen kam. Diese Projektidee bietet einen

praktikablen Lösungsvorschlag dafür an, wie Personen und Stellen mit spezifischem Fachwissen schneller für die Lösung von Problemen auf dem Weg der Erreichung der städtischen Klimaschutzziele akquiriert werden können. Auch hat die von den Organisator:innen gestellte Aufgabe, neben allgemeinen Forderungen ganz konkrete und umsetzbare Projekte zu skizzieren das Problem einer zu allgemeinen Fragestellung effektiv abgeschwächt. So sind neben der „Kompetenzvermittlung Klimaschutz“ Projektideen wie „Solardächer auf Frankfurter Schulen“, ein „Frankfurter Klimaschutzfond“ und das „Babbel-Bänksche“ als energieautarkem Begegnungsort hinreichend konkrete Vorschläge entstanden, deren Nichtumsetzung seitens der Stadtpolitik- und Verwaltung gut begründet werden muss.

Eine weitere Anforderung an die Fragestellung einer Mini-Public ist die einer möglichst neutralen Formulierung der Fragestellung (Cherry et al. 2021: 13). Das wurde alleine schon durch die sehr weite und allgemeine Formulierung gewährleistet. Zur Neutralität und Offenheit des Verfahrens trug auch die Bottom-up-Ausrichtung der Empfehlungsgestaltung bei: Die Teilnehmenden konnten sich selbstständig und von eigenen Interessen geleitet zu thematischen Kleingruppen formieren, wo ihre Aufgabe darin bestand, kreativ eigene Projekte oder Forderungen zu entwerfen. Als Inspiration und Anstoß dazu diente die erwähnte Überschau über bisherige Anstrengungen und Defizite in der Frankfurter Klimapolitik sowie die Beispiele von „best-practices“ kommunaler klimapolitischer Maßnahmen aus anderen Städten.

#### *(c) Verknüpfung mit dem weiteren politischen Entscheidungsprozess*

Die Anbindung an den breiteren politischen Prozess kann sehr unterschiedlich ausgestaltet sein (Setälä 2017). Je nachdem, welche Zwecke durch das jeweilige Beteiligungsverfahren verfolgt werden, können sich unterschiedliche Anbindungsoptionen als geeignet erweisen (Beauvais/Warren 2019; Kuyper/Wolkenstein 2019). Zentral ist in jedem Fall, dass die Form der Einbindung zu Beginn des Prozesses feststeht und klar kommuniziert wird. So wird der Möglichkeit vorgebeugt, dass die Erwartungen beteiligter Akteure enttäuscht werden. Ein Negativbeispiel stellt in dieser Hinsicht die französische „Convention Citoyenne pour le Climat“ dar (Cherry et al. 2021: 6, 51; Giraudet et al. 2022: 9). Durch mehrdeutige Aussagen darüber, wie mit den Ergebnissen dieses nationalen Beteiligungsverfahrens verfahren werde, hatte Präsident Macron zu dessen Beginn für Verwirrung gesorgt. Nachdem die Umsetzung der Ergebnisse die Erwartungen von Teilnehmenden und Teilen der Öffentlichkeit enttäuschten, kam es gar zu offen ausgetragenen Legitimitätskonflikten (Buge/Vandamme 2022). Im Fall des DKII war das Mandat klar. Es bestand ein Anhörungsrecht, was in dieser Form bereits in der Einladung und im Prozess erneut deutlich kommuniziert wurde.

Die Einbindung des Demokratiekonvents in die Kommunalpolitik war nicht nur auf dem Papier gegeben. Positiv herauszuheben ist, dass die Anwesenheit von Stadtverordneten und die Möglichkeit des Dialogs mit diesen sowie die Anwesenheit von einigen wichtigen Dezernaten von Beginn an für eine Involviertheit der Stadtpolitik und für eine Verschränkung des Beteiligungsverfahrens mit dem breiteren politischen Entscheidungsfindungsprozess sorgten. Die abschließende Abstimmung der Ergebnisse in den Räumen der Stadtverordnetenversammlung in Anwesenheit von Stadtkämmerer und Dezernentin für Klima, Umwelt und Frauen (Rosemarie Heilig) unterstrich diesen Anspruch der Verschränkung und des Gehörtwerdens auch symbolisch.



#### *(d) Repräsentativität und externe Inklusion*

Die Teilnehmenden von Mini-Publics werden in der Regel per geschichtetem Losverfahren aus der zu repräsentierenden Bevölkerung ausgewählt (Setälä/Smith 2018: 301). Der politische Bestellungsmechanismus des Losens geht zurück auf die athenische Polis und soll im modernen Kontext zum einen eine Form des Ideals politischer Gleichheit einlösen, indem allen Personen die gleiche Chance zukommt, für eine politische Aufgabe ausgewählt zu werden (Landemore 2020: 90), wobei ein erwünschter Nebeneffekt darin bestehen soll, Menschen zu aktivieren, die sich ansonsten nicht oder kaum politisch beteiligen (Farrell et al. 2019: 5). Zum anderen dient die Stichprobenziehung dazu, ein Gremium aus Bürger:innen zu kreieren, das die breitere Bevölkerung im Kleinen abbildet, in anderen Worten also deskriptiv repräsentativ für diese steht. Im Ergebnis sind Mini-Publics dadurch weit weniger selbstselektiv als andere Formen politischer Beteiligung, jedoch kommen auch hier entsprechende Effekte zum Tragen, da die Teilnahme in aller Regel nicht verpflichtend ist (Dean et al. 2022: 11-12; Setälä/Smith 2018: 305). Um solche Verzerrungen, die aus geringen Rücklaufquoten entstehen, abzumildern, findet meist eine Schichtung nach bestimmten sozioökonomischen Kriterien, wie etwa Alter, Geschlecht, Region, Einkommen und Bildungsgrad statt (Harris 2019: 47). Manchmal, wie etwa im Fall der Climate Assembly UK, wird gar zusätzlich nach Einstellungen zum betreffenden Thema geschichtet (Elstub et al. 2021: 6). Unter dem Kriterium der „externen Inklusion“ wird hier betrachtet, inwieweit es gelungen ist, Menschen aus den jeweils anvisierten Gruppen zur Teilnahme am Prozess zu bewegen.<sup>2</sup>

Das Ziel des Demokratiekonvents bestand ausdrücklich darin, unterrepräsentierte Gruppen, die sich ansonsten weniger politisch beteiligen, in den Prozess zu inkludieren. Explizit ging es den Organisator:innen dabei um die Gruppen: „Kinder und Jugendliche, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit körperlicher Einschränkung und Menschen mit formal niedrigem Bildungsabschluss“ (mehr als wählen 2021: 7). Folglich wurde neben der Zufallsauswahl von zwei Dritteln der Teilnehmenden ein aufsuchendes Verfahren angewendet, um Mitglieder ebenjener Gruppen gezielt zu rekrutieren. Über die direkte Ansprache von Organisationen wie Lebenshilfe e.V., einem queeren Jugendzentrum und migrantischen Verbänden, wurden Personen vermittelt, die an dem Prozess teilnehmen konnten.

Das Losverfahren, über welches zwei Drittel der Teilnehmenden ausgewählt wurde, war nicht geschichtet. Es fand also keine Sortierung nach vorausgewählten sozioökonomischen oder inhaltlichen Kriterien statt. Zudem wurden gemäß den Absichten des Organisationsteams keine Zusagen mehr aussortiert: Allen ausgewählten Personen, die teilnehmen wollten, wurde dies ermöglicht. Dass auf eine Schichtung zum Zweck der Abmilderung von erwartbaren Selbstselektionseffekten verzichtet wurde, schlägt sich in der demografischen Zusammensetzung der Gruppe nieder: Die Alterskategorien von 35-39 und 60-74 sind im Vergleich zur Frankfurter Bevölkerung deutlich überrepräsentiert (Abbildung 2). Mit Blick auf die zweite Altersgruppe ist der Effekt insofern erwartbar, als dass es älteren Personen schlicht aus Zeitgründen eher möglich ist, an politischen Beteiligungsprozessen teilzunehmen. Die Zeit und Anstrengung, die den Teilnehmenden eines solchen Beteiligungsverfahrens abverlangt werden, dürfen generell nicht unterschätzt werden. Sie stellen einen möglichen Exklusionsfaktor insofern dar, als dass vielbeschäftigte und bereits stark belastete Menschen sich eine Teilnahme kaum zusätzlich aufbürden und dadurch bereits (zeitlich) privilegierte Menschen bevorteilt werden. Dies spricht für den allgemeinen Punkt, Teilnehmenden von Mini-Publics eine Vergütung nicht

---

<sup>2</sup> Das Kriterium der „internen Inklusion“ bezieht sich wiederum auf die Frage, ob die am Prozess Beteiligten sich und ihren Anliegen auch tatsächlich Gehör verschaffen können – ob sie also nicht nur einen Platz, sondern auch eine Stimme in den Deliberationsrunden haben (Curato/Hammond/Min 2019: 68). Es wird entsprechend im nächsten Abschnitt behandelt.

nur in Form eines Honorars, sondern auch durch arbeitsfreie Ausgleichstage zu gewährleisten. Sicherlich bräuchte es dazu zunächst einen gesetzlichen Rahmen.

Verglichen mit der Bevölkerung Frankfurts haben außerdem deutlich mehr männliche als weibliche Personen am DKII teilgenommen. Positiv ist hingegen, dass eine sich unter der Kategorie „divers“ einordnende Person Teil des Prozesses war (Abbildung 3). Ein Grund für die tendenziell geringere Teilnahme von Frauen kann darin bestehen, dass diese immer noch mehr Zeit auf Care-Arbeit verwenden als Männer (BMFSFJ 2019). Diesem Umstand wurde dadurch versucht Rechnung zu tragen, dass die Option der Kinderbetreuung in einem eigens dafür eingerichteten Raum angekündigt und angeboten wurde. Wahrgenommen wurde diese jedoch letztendlich nur insofern, als dass eine Teilnehmende diesen Raum am ersten der beiden Wochenenden zum Stillen nutzte.

	Frankfurter Bevölkerung (Stand 2017)	Teilnehmende des DKII
<b>unter 18</b>	16,8 %	2,4 %
<b>18-24</b>	7,6 %	2,4 %
<b>25-34</b>	18,1 %	11,9 %
<b>35-59</b>	36,9 %	45,2 %
<b>60-74</b>	12,7 %	33,3 %
<b>75 und mehr</b>	7,8 %	4,8 %

Abbildung 2: Altersstruktur der Bevölkerung von Frankfurt am Main (Stand 2017, Quelle: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/strukturdaten/bund-99/land-6/kreis-6412.html>) im Vergleich mit der Altersstruktur der Teilnehmenden am Zweiten Frankfurter Demokratiekonvent (Quelle: Erhebung zu Beginn des Prozesses, n=42; Anmerkung: Es wurden die Geburtsjahre abgefragt und das Alter aufgerundet).

	Frankfurter Bevölkerung (Stand Juni 2021)	Teilnehmende des DKII
weiblich	50,5 %	40 %
männlich	49,5 %	57,8 %
divers	k.A.	2,2 %

Abbildung 3: Struktur der Frankfurter Bevölkerung hinsichtlich des Geschlechts (Stand Juni 2021, Quelle: <https://frankfurt.de/de-de/service-und-rathaus/zahlen-daten-fakten/themen/bevoelkerung/downloads-bevoelkerung>) im Vergleich zu den Teilnehmenden am Zweiten Frankfurter Demokratiekonvent (Quelle: Erhebung zu Beginn des Prozesses, n=45).

Als eine weitere Methode, die Selbstselektion der Teilnehmenden in Mini-Publics abzumildern, werden häufig die anfallenden Reise-, und Versorgungskosten übernommen sowie ein gewisses Teilnahmehonorar gezahlt. Dies soll zumindest monetäre Hürden der Partizipation abbauen (Elstub et al. 2021: 2). Die Erstattung der Fahrtkosten und die Verpflegung vor Ort wurde im Fall des DKII übernommen. Darüber hinaus konnte jedoch kein Honorar gezahlt werden. Stattdessen wurden Kulturgutscheine, etwa für Museen oder Sportveranstaltungen, ausgehändigt, was auch den Grundgedanken des aktiven Einbringens in der Stadt symbolisch unterstreichen sollte. Einen zusätzlichen Anreiz zur Teilnahme kann dies allerdings nicht bieten, zumal es in der Einladung keine Erwähnung fand.

Einen bedeutenden Faktor der Exklusion stellte die aus Pandemiegründen erforderliche 2G-Plus-Regelung des DKII dar. Teilnehmende mussten nicht nur an jedem Veranstaltungstag per Schnelltest auf eine Covid-19-Infektion getestet werden, sondern auch einen Status als geimpfte oder genesene

Person vorweisen können. Dies war der Preis dafür, dass der Demokratiekonvent in Präsenz stattfinden konnte und nicht auf ein Online-Format umgestellt werden musste, welches vermutlich wiederum andere Exklusionseffekte mit sich gebracht hätte (Curato et al. 2021: 25). Noch in einer weiteren Hinsicht wurde der Kontext der Pandemie problematisch: Zwischen den beiden Wochenenden des DKII stiegen die Infektionszahlen in Deutschland merklich an. Es kann vermutet werden, dass dies einen gewichtigen Grund für den deutlichen Rückgang der Beteiligung am zweiten Wochenende darstellt: Von 50 zu Beginn anwesenden Teilnehmenden nahmen noch 36 am zweiten Wochenende teil. Im Nachgang fand eine virtuelle Informationsveranstaltung für diejenigen, die am zweiten Wochenende nicht teilnehmen konnten, statt. Dort wurden die erarbeiteten Forderungen und Projektideen vorgestellt und abgestimmt. Auf diese Weise kam die abschließende Zahl von 40 unterzeichnenden Teilnehmenden des Handlungsempfehlungsdokuments zustande. 10 von 50 Personen haben den Prozess folglich nicht bis zum Ende durchlaufen. Diese Ausstiegsquote von 20% ist vergleichsweise hoch. Leider konnten von den betreffenden Personen keine Gründe mehr für ihren Ausstieg eingeholt werden. Auch der Umstand, dass nur 36 Personen am zweiten Wochenende und damit an der aktiven Gestaltung der Handlungsempfehlung teilhatten, wirft einen Schatten auf den Prozess und dessen Legitimität.

Während die deskriptive Repräsentativität der Gruppe der Teilnehmenden mit Bezug auf die abzubildende Bevölkerung objektiv mehr oder weniger gegeben sein kann, können die subjektiven Wahrnehmungen der Teilnehmenden bezüglich ihrer *Repräsentationsrolle* stark variieren. Hierzu gibt es bislang nur wenig Forschung. Für den Fall der französischen „Convention Citoyenne pour le Climat“ lässt sich feststellen, dass die meisten Teilnehmenden sich nicht in der Position sahen, die breitere Bevölkerung Frankreichs zu repräsentieren (Buge/Vandamme 2022: 7). Im Fall des DKII hingegen gab eine Mehrzahl der Teilnehmenden (61 % der 46 Befragten) zu Beginn an, Frankfurter Bürger:innen im Allgemeinen politisch zu vertreten. 46 Prozent der Befragten gaben außerdem an, Frankfurter Bürger:innen mit ähnlichen klimapolitischen Einstellungen zu vertreten, während 37 Prozent sich in der Rolle sahen, Frankfurter Bürger:innen in einer ähnlichen gesellschaftlichen Position wie sie zu vertreten. Lediglich fünf Personen (11 % der 46 Befragten) gaben an, niemanden zu vertreten (Abbildung 4). 6 Personen kreuzten die Kategorie „Andere“ an und nannten dabei unter anderem den „Stadtschüler\*innenrat“, „Junge Menschen, Schüler\*innen“ und „behinderte Bürger“.

In der Regel sollen Teilnehmende von Mini-Publics sich nicht in der Position wiederfinden, bestimmte außenstehende Gruppen im Prozess zu vertreten. In erster Linie nehmen sie als sie selbst teil, was ihnen auch diejenige Freiheit gewährt, die sie offen dafür sein lässt, ihre Ansichten im Lichte guter Gründe zu verändern (Smith 2009: 82-83). Demonstrativ und in diesem Sinne gab eine Person unter „Andere“ sich selbst an. Das Bewusstsein darüber, dass Teilnehmende sich nicht bestimmten sozioökonomischen Gruppen, denen sie angehören, verpflichtet fühlen sollten, brachte eine andere Person zum Ausdruck, indem sie schrieb, sie vertrete „Kinder und Jugendliche, soweit das für einen Erwachsenen möglich ist“.

<i>Wen vertreten Sie ihrer Meinung nach politisch durch Ihre Teilnahme am Demokratiekonvent? (Mehrfachauswahl)</i>	<b>Befragung vor dem Prozess (n=46)</b>
<b>Frankfurter Bürger:innen, die eine ähnliche gesellschaftliche Position innehaben wie ich</b>	17 (37 %)
<b>Frankfurter Bürger:innen, die ähnliche klimapolitische Einstellungen haben wie ich</b>	21 (46 %)
<b>Frankfurter Bürger:innen im Allgemeinen</b>	28 (61 %)
<b>Niemanden</b>	5 (11 %)
<b>Andere</b>	6 (13 %)

Abbildung 4: Antworten auf die Frage der Repräsentation vor dem Prozess.

Ein weiteres Erkenntnisinteresse betraf die Frage, wie sich die Wahrnehmung der eigenen Repräsentationsrolle über den Prozess hinweg verändert. Hierüber lassen sich aufgrund der hohen Abbruchquote jedoch nur begrenzt Aussagen treffen. So ließen sich am zweiten Wochenende nach den Beratungen deutlich weniger Antworten auf diese selbe Frage einholen. Hinzu kommt, dass ein Vorher-Nachher-Vergleich nur sinnvoll zwischen denselben Personen gezogen werden kann. Letztlich lassen sich deshalb hierüber nur Aussagen basierend auf den Antworten von 21 Teilnehmenden ziehen (Abbildung 5). Der Vergleich zeigt, dass die Wahrnehmung, in irgendeiner Form politische Vertretung zu leisten, insgesamt zunimmt. Weiterhin und gleichbleibend ist die meistgewählte Kategorie „Frankfurter Bürger:innen im Allgemeinen“, während „Frankfurter Bürger:innen, die ähnliche klimapolitische Einstellungen haben wie ich“ um zwei Personen und damit am stärksten ansteigt. Dies steht im Einklang mit der Beobachtung, dass bei den Teilnehmenden während des Verfahrens die Wahrnehmung gestärkt wurde, hier etwas für diejenigen Außenstehenden tun zu können, denen Klimapolitik (auch) ein Anliegen ist. In diesem Sinne verkündete eine Person im Freitextfeld der Auswahloption „Andere“, sie vertrete „Alle Klimabewussten!“.

In der Regel ist politische Repräsentation in elektoralen Systemen zuallererst mit Wahlen assoziiert. Es ist deshalb bemerkenswert, dass einige Beobachtungen innerhalb des Verfahrens nahelegen, dass auch die Losauswahl bei Teilnehmenden einen Sinn dafür befördern kann, in einer bestimmten Vertretungs- bzw. Repräsentationsrolle zu agieren. So wies ein Teilnehmer darauf hin, dass sich sein Status eines Ausgelosten so anfühle, als habe er im Lotto gewonnen und dass er deshalb eine besondere Verantwortung spüre. Ein anderer betonte, dass er dem Prozess vertraue und ihn auch in Vertretung für andere Frankfurter:innen durchlaufe, die nicht ausgewählt wurden und deshalb nicht anwesend sein könnten. Diese eher abstrakte und selbstbestimmte Idee einer Verantwortung gegenüber Außenstehenden ist vereinbar mit der Forderung, Teilnehmende sollten nicht im Voraus mit der Pflicht konfrontiert werden, bestimmte Gruppen vertreten zu müssen, damit sie fähig sind, in den Beratungen eine selbstbestimmte und offene Haltung einzunehmen (Smith 2009: 82-83). Es ist jedoch fraglich, ob dies auch für das Drittel der Teilnehmenden gilt, welches aus Inklusionsgründen per aufsuchenden Verfahren eingeladen wurde. Es liegt nahe, dass die betreffenden Personen es aufgrund der Methode ihrer Auswahl nahegelegt bekommen, zum Zweck der Vertretung von bestimmten Interessen sozialer Gruppen anwesend zu sein. So wurden beispielsweise die Stichworte „Stadt\*schüler\*innenrat“ und „behinderte Bürger“ unter der Kategorie „Andere“ genannt. Das bedeutet nicht, dass dies ihrem eigenen Interesse in irgendeiner Form widerstreben muss. Jedoch scheint die Anwendung zweier unterschiedlicher Auswahlmethoden zu divergierenden Wahrnehmungen des Auftrags unter den Teilnehmenden führen zu können. Inwiefern sich dies letztlich auf das Verfahren ausgewirkt hat, bleibt eine offene Frage.

<i>Wen vertreten Sie ihrer Meinung nach politisch durch Ihre Teilnahme am Demokratiekonvent? (Mehrfachauswahl)</i>	<b>Befragung vor dem Prozess</b> (n=21)	<b>Befragung nach dem Prozess</b> (n=21)	<b>Differenz (absolut)</b>
<b>Frankfurter Bürger:innen, die eine ähnliche gesellschaftliche Position innehaben wie ich</b>	8 (38 %)	9 (43 %)	+1
<b>Frankfurter Bürger:innen, die ähnliche klimapolitische Einstellungen haben wie ich</b>	10 (48 %)	12 (57 %)	+2
<b>Frankfurter Bürger:innen im Allgemeinen</b>	13 (62 %)	13 (62 %)	0
<b>Niemanden</b>	2 (10 %)	1 (5 %)	-1
<b>Andere</b>	2 (10 %)	3 (14 %)	+1

Abbildung 5: Antworten auf die Frage der Repräsentation in beiden Wellen.

### 3.2 Rahmenbedingungen der Deliberation

Als ein großer Vorzug von Mini-Publics gilt, dass sie optimale Rahmenbedingungen für das Gelingen von Deliberation zwischen den teilnehmenden Bürger:innen herstellen (Setälä/Smith 2018: 305). Deliberation bezeichnet einen inklusiven politischen Kommunikationsmodus, der idealerweise auf Augenhöhe stattfindet und das öffentliche Vorbringen intersubjektiv nachvollziehbarer Gründe sowie die Bereitschaft der Beteiligten, die eigenen Ansichten im Lichte besserer Argumente zu verändern, voraussetzt (Landwehr 2012: 362). Ziel ist es, durch den gegenseitigen Austausch von Gründen zu informierten und vernünftigen politischen Urteilen zu gelangen, denen am Ende idealerweise alle aus denselben Gründen zustimmen können (Habermas 1998: 370; Harris 2019: 48). Auch wenn realistischerweise ein Kompromiss zu erwarten ist, kann die Annahme geltend gemacht werden, dass dieser aufgrund der deliberativen Verständigung in besser informierten und wohlüberlegteren Präferenzen der Beteiligten gründet und sich so dem Ziel der Deliberation, nämlich zu vernünftigen und vor den Betroffenen rechtfertigbaren politischen Handlungsurteilen zu gelangen, annähert. Nach den Annahmen der deliberativen Demokratietheorie kommt politischen Maßnahmen, denen Deliberation unter den Entscheidungsbetroffenen voranging, eine höhere demokratische Legitimität zu als solchen, bei denen dies nicht der Fall war (Harris 2019: 48). Damit Mini-Publics entsprechende Rahmenbedingungen bestmöglich verwirklichen, muss die durch sie bereitgestellte Informationsgrundlage angemessen, ausgewogen und zugänglich sein (a), müssen die Teilnehmenden gleichermaßen die Möglichkeit haben, im Prozess Gehör zu finden und muss ein offenes Abwägen unterschiedlicher Sichtweisen und Argumente gefördert werden (b). Im zweiten Teil dieses Abschnitts findet sich zusätzlich die Auswertung von Hypothesen mit Blick auf die Entwicklung der Teilnehmenden hinsichtlich ihres Wissens, ihrer klimapolitischen Präferenzen und der von ihnen vertretenen Demokratiekonzeptionen.

#### *(a) Bereitstellung von Informationen*

Zu Beginn einer Mini-Public steht in aller Regel ein breiter Wissensinput, der die Teilnehmenden aus unterschiedlichen Perspektiven zum betreffenden Thema informieren und sie damit in die Lage versetzen soll, die vorgegebene Fragestellung effektiv zu bearbeiten (Setälä/Smith 2018: 301). Die bereitgestellten Informationen sollten ausgewogen sein, in ihrem Umfang der gestellten Aufgabe gerecht werden und für die Teilnehmenden zugänglich aufbereitet sein (Harris 2019: 51; OECD 2021: 20). Die beiden Hauptinputs des Demokratiekonvents wurden am ersten Tag des Prozesses von Andrea Graf (BUND Hessen) und Paul Fay (städtisches Energiereferat) gegeben. Damit wurde die Frankfurter Klimapolitik sowohl aus einer kritischen Außenperspektive als auch aus der Innenperspektive beleuchtet, wodurch eine Ausgewogenheit in der Wissensvermittlung erreicht wurde. Mindestens

zwei Perspektiven hätten dennoch zusätzlich Eingang finden können: Eine neutralere Expert:innenperspektive, beispielsweise aus der wissenschaftlichen Sphäre, sowie eine Perspektive aus dem Bereich der Wirtschaft.

Im Gegensatz zu umfangreicheren und mit größeren Ressourcen ausgestatteten Mini-Publics wie dem französischen Klimakonvent oder der irischen Citizens Assembly (Farrell/Suiter/Harris 2019: 117; Mellier-Wilson 2020) war es nicht vorgesehen, dass außenstehende Frankfurter Bürger:innen Eingaben an den Konvent machen konnten. Durch ein solches Sammeln und Zusammenfassen von Stimmen außerhalb des Prozesses hätten mehr Stakeholderperspektiven und weitere konkrete Anliegen aus diversen lebensweltlichen Zusammenhängen sichtbar gemacht werden können. Im gegebenen Zeit- und Ressourcenrahmen war dies allerdings genauso wenig zu verwirklichen wie eine zusätzliche Option für Teilnehmende, von der Gruppe selbst bestimmte Expert:innen einladen zu können.

Abgedeckt wurden durch die beiden Hauptinputs im Wesentlichen die Fragen: Welche klimapolitischen Ziele hat sich die Stadt Frankfurt gesetzt? Inwieweit werden diese Ziele erreicht oder verfehlt? Welche Probleme gibt es im Prozess der Umsetzung? Dadurch fand ein unvermittelter Einstieg in das Thema der Frankfurter Klimapolitik statt, ohne den weiteren Kontext der Klimakrise oder auch Bezüge zu anderen politischen Steuerungsebenen einführend zu klären. Vor dem Hintergrund begrenzter Zeitressourcen stellt dies eine bewusste Fokussierung auf den relevanten Gegenstand dar: Möglichst viel Zeit sollte auf die Konstruktion konkreter Lösungen in der Stadt Frankfurt verwendet werden. Ein möglicher Nachteil hiervon könnte darin bestehen, dass der Handlungsdruck vor dem Hintergrund einer globalen ökologischen Krise nicht ausreichend deutlich wird. Wissen über das Ausmaß der Klimakrise zu vermitteln, ist eine wichtige Aufgabe von Klima-Mini-Publics. Diese Vermittlung kann für die Teilnehmenden außerdem einen zentralen Motivationsfaktor ihrer Arbeit im Beteiligungsprozess sein. Insgesamt schien ein Bewusstsein über das Problem in der Gruppe der Teilnehmenden jedoch weit verbreitet, was sich auch daran zeigt, dass sich in der Eingangsbefragung lediglich zwei Personen gegen eine Priorisierung von Klimaschutzmaßnahmen in der Frankfurter Stadtpolitik aussprachen. Motivation wurde außerdem über ein Element der Selbstreflexion hergestellt: In Kleingruppen sollten sich die Teilnehmenden zu Beginn über ihre jeweiligen Beweggründe zur Teilnahme am Demokratiekonvent austauschen.

Ein zentrales Kriterium einer guten Wissensvermittlung ist deren zugängliche Aufbereitung. Es sollten verschiedene Vermittlungsformen genutzt werden, was auch dazu dient, Teilnehmenden mit unterschiedlichen Lernstilen entgegenzukommen (OECD 2021: 20). Die beiden Hauptinputs hatten die Form von foliengestützten Vorträgen, wurden dabei aber auch durch ein „Graphic Recording“ begleitet. Das heißt, zentrale Inhalte wurden parallel in ein Schaubild übertragen, das dann den ganzen Prozess über den Teilnehmenden zur Verfügung stand. Weitere Einheiten nutzten zudem anschaulichere Formen des Lernens. So gab es auf dem „Marktplatz der Möglichkeiten“ unterschiedliche Stationen, an denen Inhalte auf Stellwänden grafisch und schriftlich aufbereitet waren und zusätzlich Personen aus dem Organisationsteam bereitstanden, um Inhalte zu vermitteln und Fragen zu beantworten. Eine schriftliche Aufbereitung des Informationsmaterials, wie es häufig in Mini-Publics stattfindet (Farrell et al. 2019: 7), war hier jedoch nicht gegeben. Auch zusätzliche Online-Kanäle, die zur Darstellung von Informationen und Kommunikation hätten dienen können, wurden nicht eingerichtet. Eine teilnehmende Person meldete am Rande zurück, dass eine Online-Aufbereitung von Informationen zu Beginn des Verfahrens geholfen hätte, alle auf einen Wissensstand zu bringen und schneller in die Arbeit an konkreten Problemen einzusteigen. Diesem Vorteil steht jedoch das Problem gegenüber, dass im Voraus zur Verfügung gestelltes Informationsmaterial wahrscheinlich nicht in gleichem Umfang von allen Teilnehmenden hätte zur Kenntnis genommen werden können. Nicht nur aus Zeitgründen kann dies nicht von allen erwartet werden. Eine Online-

Bereitstellung stellt auch eine zusätzliche Hürde für ältere Menschen dar, die möglicherweise nicht ausreichend kompetent in der Nutzung von Online-Inhalten sind (Harris 2019: 52). Aus Gründen einer niedrigschwelligen und gleichmäßigen Bereitstellung von Informationen ergibt es also im Rahmen des Demokratiekonvents durchaus Sinn, auf diese zusätzlichen Kanäle zu verzichten. Sollten sie in künftigen Prozessen Anwendung finden, so müssen die spezifischen Hürden dabei bedacht werden.

Zentral ist zuletzt die Option für Teilnehmende, sowohl Verständnisfragen als auch kritische Nachfragen stellen zu können (Harris 2019: 51). Dies war während des DKII jederzeit durch das Element der Stopp-Karte gegeben: Allen Teilnehmenden wurde zu Beginn eine rote Karte ausgehändigt, mit der sie sich melden konnten, sobald sie eine dringende Nachfrage hatten oder etwas für sie unverständlich war. Vielfach wurde über den gesamten Prozess hinweg Gebrauch von diesem Instrument gemacht. Im Anschluss an die beiden Hauptinputs gab es zudem jeweils die Möglichkeit im gesamten Plenum Nachfragen zu stellen. Auch die Tatsache, dass Paul Fay als Angestellter des städtischen Energiereferats am ersten Wochenende dauerhaft zugegen und ansprechbar war, war sehr von Vorteil. Kleinere Fragen, die während des Prozesses aufkamen, konnten so schnell und niedrigschwellig behandelt werden.

#### *(b) Interne Inklusion und Deliberation*

Das Kriterium der internen Inklusion bezieht sich auf die Frage, ob die am Prozess Beteiligten sich und ihren Anliegen auch tatsächlich Gehör verschaffen können – ob sie also nicht nur einen Platz, sondern auch eine Stimme in den Deliberationsrunden haben (Curato/Hammond/Min 2019: 68). Diese Frage ist vor allem vor dem Hintergrund der Kritik relevant, wonach die Anforderungen an Deliberation einem partikular westlichen Weltbild entspringen sowie tendenziell Frauen und Minderheitengruppen benachteiligen (Young 1996: 122-124; Sass/Dryzek 2014: 5). Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass insbesondere Frauen und weniger gebildete Personen weniger Beiträge in deliberativen Foren machen (Harris 2019: 50; Setälä/Smith 2018: 305). Es ist vor diesem Hintergrund die Aufgabe einer guten Moderation, auf ausgewogene Redeanteile und gegenseitige Wahrnehmung der Teilnehmenden hinzuwirken (Landwehr 2014). Ihre Aufgabe besteht im weiteren Sinne darin, gute Deliberation im Sinne eines informierten, respektvollen Austauschs von gegenseitig nachvollziehbaren Gründen zu ermöglichen.

Zur Förderung gegenseitiger Wahrnehmung und einer produktiven Diskussionskultur ist es zentral, dass die Teilnehmenden bestimmte Diskussionsregeln vermittelt bekommen, wenn nicht gar selbst erarbeiten (Curato et al. 2021: 63-64). Ein Transparentmachen der Bedingungen des Gelingens einer guten Kommunikation lässt die Teilnehmenden selbst, so die Erwartung, eher auf deren Einhaltung achten. Zu Beginn des Prozesses wurden deshalb bestimmte Diskussionsregeln durch das Organisationsteam vermittelt und für alle sichtbar an den Wänden des Raums angebracht. Die insgesamt fünf Regeln sollten Grundlage einer verständigungsorientierten, wohlwollenden und zielorientierten Kommunikation sein.<sup>3</sup> Aus Zeitgründen war es nicht möglich, die Erarbeitung der Regeln in die eigene Verantwortung der Teilnehmenden zu legen. Eine verfahrenstechnische Wahl hatten diese jedoch insofern, als dass sie am vorletzten Abend, dem Abend vor der Abstimmung über

---

<sup>3</sup> Sie lauteten: „Meine Perspektive und Meinung ist für ein gutes Ergebnis der Veranstaltung wichtig, genau wie die der anderen Teilnehmenden des Demokratiekonvents“, „Ich frage nach, wenn etwas für mich nicht verständlich war, höre bis zum Ende des Redebeitrags zu und versuche die Perspektive der anderen Person zu verstehen“, „Ich halte mich bei meinen Redebeiträgen so kurz und verständlich wie möglich“, „Ich begegne den anderen Menschen und Meinungen wohlwollend und belehere, verurteile oder beleidige sie nicht“, „Ich bleibe beim Thema und bringe es voran, in dem ich versuche zunächst ein Thema zu Ende zu diskutieren, bevor ich ein neues aufwerfe und bereits genannte Argumente nicht wiederhole“.

ihre Empfehlungen, den Modus dieser Abstimmung selbst wählen könnten. Nach einem sehr kurzen Austausch im gesamten Plenum einigten sich die Teilnehmenden darauf, dass Enthaltungen nicht möglich sein sollten und Empfehlungen ab einer Zweidrittelmehrheit als angenommen gelten sollten.

Alle inhaltlichen Gesprächsrunden waren moderiert, im Fall der Kleingruppendeliberation sogar meist durch zwei Moderator:innen, wodurch gleichzeitiges Moderieren und Protokollieren des Besprochenen ermöglicht wurde. Zusätzlich zum bereits erwähnten Element der Stopp-Karte, welches sicherstellen sollte, dass keine Person den Anschluss verlor, wurde durch das Organisationsteam eine Awareness-Beauftragte ernannt und zu Beginn dem gesamten Plenum vorgestellt. Sie war das erste Wochenende zugegen, und an sie konnten sich Teilnehmende im Vertrauen wenden, wenn Probleme im Deliberationsprozess auftraten. Das Angebot wurde letztlich jedoch nicht wahrgenommen. Hinsichtlich der generellen Anforderung des Abwägens unterschiedlicher Argumente (Harris 2019: 48) kann jedoch positiv festgehalten werden, dass die Möglichkeit zu Widerspruch jederzeit gegeben war und Gegenargumente gegen die verfassten Empfehlungen am Ende gesammelt und im Abschlussbericht transparent gemacht wurden.

Tatsächliche Redeanteile oder deliberative Qualität können im Rahmen dieser Evaluation nicht systematisch untersucht werden. Aus den teilnehmenden Beobachtungen von einigen der Kleingruppendeliberationen können lediglich Schlaglichter auf einzelne Aspekte geworfen werden. So ist generell das Anliegen der Moderationen deutlich geworden, stets alle Beteiligten in Gespräche einzubeziehen. Diese selbst wirkten zudem hinreichend motiviert, sich einzubringen, weshalb ein Schweigen einzelner Personen eher selten zu beobachten war. Eine Person mit Behinderung wurde von ihrer Assistenz dabei unterstützt, sich in die Diskussionen einzubringen. Die Sprachbarriere schien eine andere Person in der Kleingruppendeliberation allerdings eher zum Schweigen zu bewegen, was sich auch daran zeigte, dass sie zwar zu ihrer Sitznachbarin sprach, es aber vermied zur Diskussion der Gruppe beizutragen. Im Verlauf des Gesprächs adressierten Teilnehmende selbst allerdings diese Person, um sie nach ihren Erfahrungen mit der Sprachbarriere zu fragen und zu erfahren, was sie sich in dieser Hinsicht generell von städtischer Kommunikation der Klimapolitik wünsche. Es ist häufiger positiv aufgefallen, dass die spezifischen alltagspraktischen Erfahrungen von Teilnehmenden gegenseitig als wichtige Wissensressource für den Prozess erkannt und entsprechend erfragt und diskutiert wurden. So wurde beispielsweise auch eine Lehrerin nach der Präsenz der Klimakrise in Lehrplänen gefragt.

Am ersten Tag des zweiten Wochenendes stießen Stadtverordnete von verschiedenen Parteien zum Prozess des Demokratiekonvents hinzu. Ein solches Einbinden von Politiker:innen in Mini-Publics dient vor allem den beiden Zwecken, eine Verbindung zu relevanten Entscheidungsträger:innen herzustellen und deren Wissen aus der politischen Praxis in die Deliberation der Teilnehmenden einzuspeisen (Setälä/Smith 2018: 303). Dies wurde konkret dadurch bewirkt, dass jeweils ein:e Stadtverordnete:r einer Kleingruppe zugeordnet wurde, um dort über die jeweilige Forderung oder Projektidee mitzudiskutieren und ihre oder seine Perspektive einzubringen. Erwartbar ist, dass dadurch der Anspruch einer Begegnung auf Augenhöhe aufgrund der rhetorischen Übung und dem Status von Politiker:innen ein Stück weit unterlaufen wird. Entsprechend stellt die Einbindung von Politiker:innen in Mini-Publics eine große Herausforderung für die Moderation dar. In einer der Kleingruppen wurde deutlich, dass die Projektidee der Kleingruppe nicht innerhalb des Spezialgebiets der eingeladenen Person aus der Stadtverordnetenversammlung lag. Als Folge versuchte diese, das Gespräch auf ein Feld zu lenken, auf dem sie sich auskannte, augenscheinlich um der Erwartung zu entsprechen, als Politiker:in etwas Substantielles zur Runde beizutragen. Das führte das Gespräch jedoch zum Teil auf für das Projekt nicht relevante Abwege. In einem solchen Fall muss die Moderation auch gegenüber einem eingeladenen Gast Konsequenz in der Gesprächsführung beweisen und versuchen, die Diskussion auf die eigentlichen im Raum stehenden Fragen zu fokussieren.



Die Entwicklung der Teilnehmenden durch die Deliberation wurde hypothesengeleitet hinsichtlich dreier Fragen untersucht. Ein zentrales Ziel der Informationsinputs und der Deliberation in Mini-Publics besteht darin, dass sich der Wissensstand der Teilnehmenden zum betreffenden Thema vergrößert (OECD 2021: 20). Hypothese 1 lautet entsprechend: Der selbstberichtete Wissensstand der Teilnehmenden zur Klimapolitik nimmt durch den Prozess zu. Forschungsergebnisse zeigen weiterhin, dass als Folge der Information und Deliberation in Mini-Publics die Teilnehmenden eher geneigt sind, ihre Position zu einer politischen Frage zu verändern (Harris 2019: 54). Gerade im Fall von Deliberation zur Klimapolitik werden Teilnehmende „more concerned and engaged about climate change throughout the process“ (Cherry et al. 2021: 5). Dies stellt einen recht robusten empirischen Befund dar (Devaney et al. 2020; Fishkin 2018: 122; 160–163; Niemeyer 2013; Riedy/Herriman 2011). Hypothese 2 lautet entsprechend: Die Präferenz für mehr Klimaschutz nimmt bei den Teilnehmenden über den Prozess hinweg zu. Zusätzlich ließe sich vermuten, dass durch die Teilnahme an einer Mini-Public und die damit einhergehende Erfahrung eines Deliberationsprozesses die deliberativ-prozeduralistische Verfahrenspräferenz zunimmt. Es kann angenommen werden, dass als eine Folge der Erfahrung der Zuspruch zu einer deliberativ-prozeduralistischen Konzeption von Demokratie im Gegensatz zu liberal-technokratischen oder antipluralistisch-populistischen Konzeptionen steigt (Hypothese 3). Die Ergebnisse der Befragungen haben hier erneut nur begrenzte Aussagekraft, da aufgrund der hohen Abbruchquote nur 21 eindeutig zuordenbare Fragebögen, die sowohl im Vorhinein als auch im Nachhinein ausgefüllt wurde, vorlagen. Damit basieren die Aussagen über die Veränderungen der Teilnehmenden durch das Verfahren des DKII auf Antworten von nur etwa der Hälfte der Teilnehmenden.

*Zu Hypothese 1:* Der durch die Teilnehmenden selbstberichtete Wissensstand zur Klimapolitik nimmt über den Verlauf des DKII leicht zu. Die Hypothese kann damit bestätigt werden. Schätzen die Befragten ihren Wissensstand zur Klimapolitik zuvor noch durchschnittlich als „mittel“ ein, steigt dieser Wert nach den Beratungen leicht auf „eher hoch“ (Abbildung 6). Auch die selbstberichtete Kenntnis der verschiedenen Tätigkeiten und Zuständigkeiten der Stadt Frankfurt im Bereich des Klimaschutzes steigt an. Vor dem Hintergrund der umfangreichen Wissensvermittlung zu ebenjenem Thema zu Beginn des DKII fällt diese Steigerung jedoch insgesamt eher geringfügig aus. Möglicherweise ist dies zu einem Teil durch die Komplexität des Politikfeldes und des gestiegenen Bewusstseins der Teilnehmenden über ebenjene Komplexität zu erklären.

	Befragung vor dem Prozess	Befragung nach dem Prozess
<i>Wie schätzen Sie ihren Kenntnisstand zum Thema „Klimapolitik“ ein?</i>	4,19 „mittel“	4,76 (+0,57) „eher hoch“
<i>Ich kenne die verschiedenen Tätigkeiten und Zuständigkeiten der Stadt Frankfurt im Bereich Klimaschutz</i>	3,29 „stimme eher nicht zu“	4 (+0,71) „indifferent“

Abbildung 6: Items zu Hypothese 1 – Der selbstberichtete Wissensstand zur Klimapolitik nimmt zu (n=21; Antwortmöglichkeiten erstes Item: 1= sehr niedrig, 2=niedrig, 3=eher niedrig, 4=indifferent, 5=eher hoch, 6=hoch, 7=sehr hoch; Antwortmöglichkeiten zweites Item: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme nicht zu, 3=stimme eher nicht zu, 4=indifferent, 5=stimme eher zu, 6=stimme zu, 7=stimme voll zu).

Abbildung 7 zeigt die individuellen Entwicklungen der Teilnehmenden mit Blick auf die ersten der beiden Frageitems („Wie schätzen Sie ihren Kenntnisstand zum Thema „Klimapolitik“ ein?“). Dabei wird deutlich, dass der Anstieg in erster Linie von einer leichten Verbesserung von „indifferent“ zu „eher hoch“ getragen wird während keine der befragten Personen den eigenen Wissensstand mehr als „niedrig“ einschätzt. Ein einzelner großer Sprung von „niedrig“ zu „hoch“ ist zu beobachten. Bei

zwei Personen hat der selbstberichtete Kenntnisstand jedoch auch von „eher hoch“ zu „indifferent“ abgenommen.

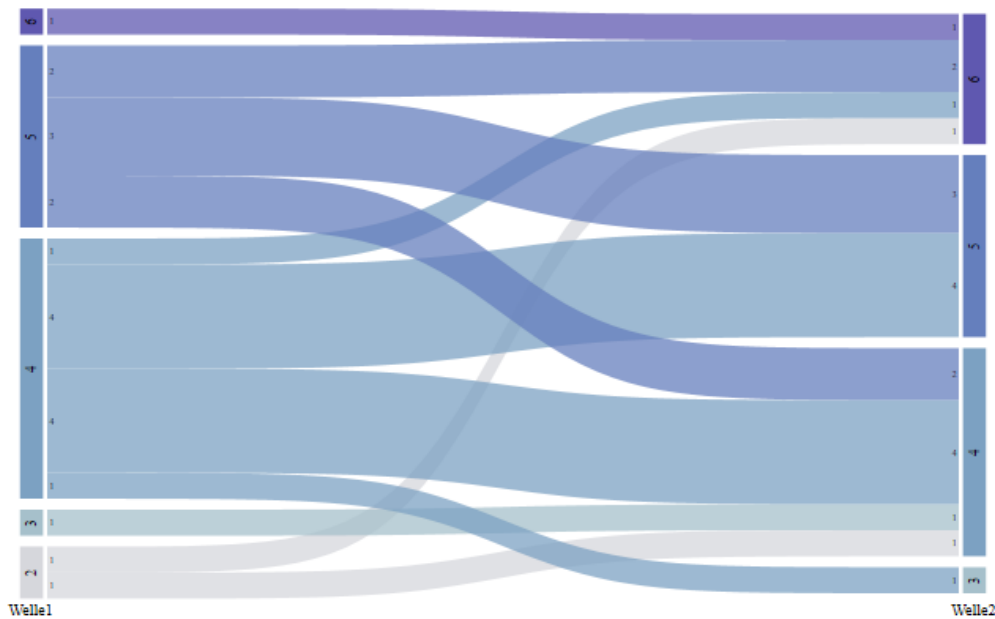


Abbildung 7: Individuelle Antworten auf die Frage „Wie schätzen Sie ihren Kenntnisstand zum Thema „Klimapolitik“ ein?“ in beiden Wellen (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1=sehr niedrig, 2=niedrig, 3=eher niedrig, 4=indifferent, 5=eher hoch, 6=hoch, 7=sehr hoch).

Abbildung 8 zeigt die Antworten auf das zweite Item, welches den selbstberichteten Kenntnisstand zur Klimapolitik der Stadt Frankfurt abfragt („Ich kenne die verschiedenen Tätigkeiten und Zuständigkeiten der Stadt Frankfurt im Bereich Klimaschutz“). Dieser ist generell niedriger, nimmt insgesamt jedoch auch etwas stärker zu. Die Entwicklung findet hier in größeren Sprüngen statt. Unerwarteterweise geben zwei Personen jedoch auch eine deutliche Verschlechterung von „indifferent“ bzw. „stimme eher nicht zu“ zu „stimme überhaupt nicht zu“ an.

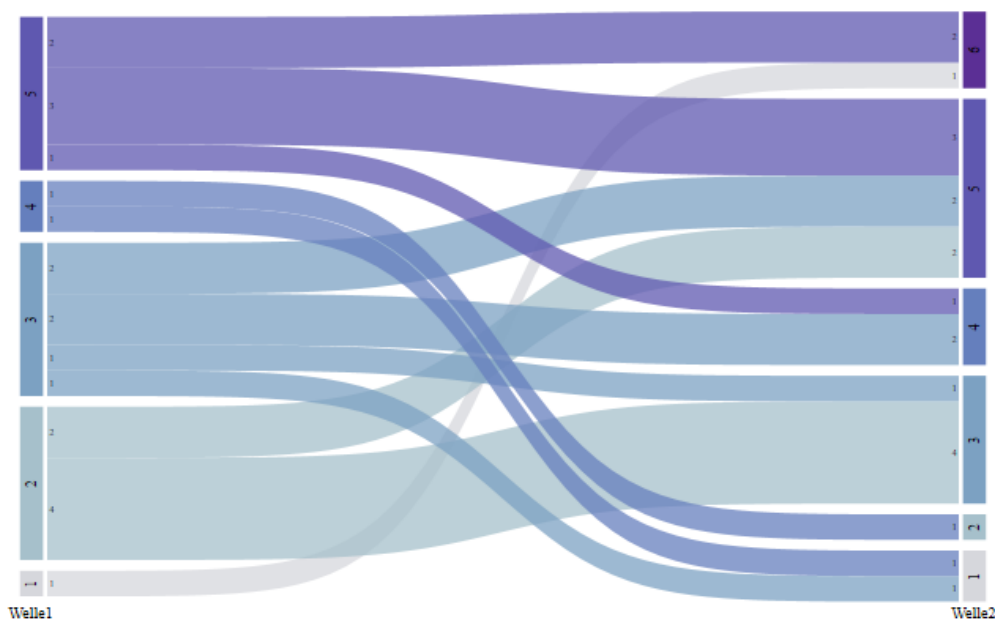


Abbildung 8: Individuelle Zustimmungswerte zu der Aussage „Ich kenne die verschiedenen Tätigkeiten und Zuständigkeiten der Stadt Frankfurt im Bereich Klimaschutz“ in beiden Wellen (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme nicht zu, 3=stimme eher nicht zu, 4=indifferent, 5=stimme eher zu, 6=stimme zu, 7=stimme voll zu).

Zu Hypothese 2: Abbildung 9 gibt Reaktionen auf die beiden Items, anhand derer die Entwicklung der klimapolitischen Präferenzen mit Bezug auf die Frankfurter Stadtpolitik gemessen wurde, wieder. Insgesamt steigen die Präferenzen der Befragten leicht in Richtung mehr Klimaschutz an, weshalb auch Hypothese 2 bestätigt werden kann. Die Geringfügigkeit des Anstiegs scheint auch dadurch bedingt zu sein, dass die Befragten bereits in der Ausgangsbefragung hohe Präferenzen für Klimaschutz angeben.

	Befragung vor dem Prozess	Befragung nach dem Prozess
Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen, sollten in der Politikgestaltung der Stadt Frankfurt priorisiert werden.	6,33 „stimme zu“	6,48 (+0,15) „stimme zu“
Maßnahmen zum Klimaschutz sollten in jedem Dezernat der Stadt berücksichtigt werden (z.B. durch einen Klima-Beauftragten).	6,33 „stimme zu“	6,62 (+0,29) „stimme voll zu“

Abbildung 9: Items zu Hypothese 2 – Die Präferenz für mehr Klimaschutz nimmt bei den Teilnehmenden über den Prozess hinweg zu (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1= sehr niedrig, 2=niedrig, 3=eher niedrig, 4=indifferent, 5=eher hoch, 6=hoch, 7=sehr hoch).

Bei genauerer Betrachtung der individuellen Entwicklungen zeigt sich mit Blick auf das erste der beiden Items („Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen, sollten in der Politikgestaltung der Stadt Frankfurt priorisiert werden“), dass die Zustimmung seitens vier Befragter steigt, bei der gleichen Anzahl von Befragten diese jedoch auch sinkt. Dass in Aggregation ein Anstieg zu beobachten ist, erklärt sich durch größere Sprünge unter den Anstiegen (Abbildung 10).



Abbildung 10: Individuelle Zustimmungswerte zu der Aussage „Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen, sollten in der Politikgestaltung der Stadt Frankfurt priorisiert werden“ in beiden Wellen (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme nicht zu, 3=stimme eher nicht zu, 4=indifferent, 5=stimme eher zu, 6=stimme zu, 7=stimme voll zu).

Ein höherer aggregierter Anstieg lässt sich im Fall des zweiten Items beobachten („Maßnahmen zum Klimaschutz sollten in jedem Dezernat der Stadt berücksichtigt werden (z.B. durch einen Klima-Beauftragten)“). Hier ist überhaupt nur bei zwei Befragten eine leichte Abnahme der Zustimmung zu beobachten (Abbildung 11). Wie auch schon hinsichtlich des ersten Items bleibt der Wert bei der Mehrzahl der Befragten stabil. Bei den meisten davon auf der höchsten Stufe („stimme voll zu“).



Abbildung 11: Individuelle Zustimmungswerte zu der Aussage „Maßnahmen zum Klimaschutz sollten in jedem Dezernat der Stadt berücksichtigt werden (z.B. durch einen Klima-Beauftragten)“ in beiden Wellen (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme nicht zu, 3=stimme eher nicht zu, 4=indifferent, 5=stimme eher zu, 6=stimme zu, 7=stimme voll zu).

Zu Hypothese 3: Die Zustimmungswerte zur Aussage „Klimapolitische Maßnahmen sollten immer demokratisch ausgehandelt werden, auch wenn dies wegen langer Aushandlungsprozesse bedeutet, nicht schnell genug das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen“ können als ein erster Indikator dafür dienen, ob die Teilnehmenden grundsätzlich ein deliberativ-prozeduralistisches Demokratieverständnis vertreten. Der Wert steigt nach dem Prozess tatsächlich leicht in die vermutete Richtung an, verbleibt im Durchschnitt jedoch bei der Antwort „indifferent“ (Abbildung 12).

	Befragung vor dem Prozess	Befragung nach dem Prozess
<i>Klimapolitische Maßnahmen sollten immer demokratisch ausgehandelt werden, auch wenn dies wegen langer Aushandlungsprozesse bedeutet, nicht schnell genug das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen.</i>	3,95 „indifferent“	4,33 (+0,38) „indifferent“

Abbildung 12: Item zu Hypothese 3 – Der Zuspruch der Teilnehmenden zu einer deliberativ-prozeduralistischen Demokratiekonzeption steigt im Vergleich zu populistisch-antipluralistischen und liberal-technokratischen Demokratiekonzeptionen (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme nicht zu, 3=stimme eher nicht zu, 4=indifferent, 5=stimme eher zu, 6=stimme zu, 7=stimme voll zu).

Ein genauerer Blick auf die individuellen Entwicklungen offenbart vor dem Hintergrund der durchschnittlich marginalen Veränderung ein überraschend bewegtes Feld (Abbildung 13). Nur acht von 21 Befragten haben beide Male die gleiche Antwortmöglichkeit ausgewählt. Die teils starken und in die beiden unterschiedlichen Richtungen weisenden Entwicklungen können möglicherweise auch dadurch erklärt werden, dass den Teilnehmenden durch den DKII die beiden in dem Item enthaltenen und miteinander in Spannung stehenden Notwendigkeiten vermittelt wurden: Der Wissensinput hat die Notwendigkeit eines schnellen Handelns und die Zögerlichkeit der Frankfurter Stadtpolitik

offengelegt, während der deliberative Prozess die Notwendigkeit und den Wert demokratischer Aushandlung veranschaulicht und verkörpert hat.

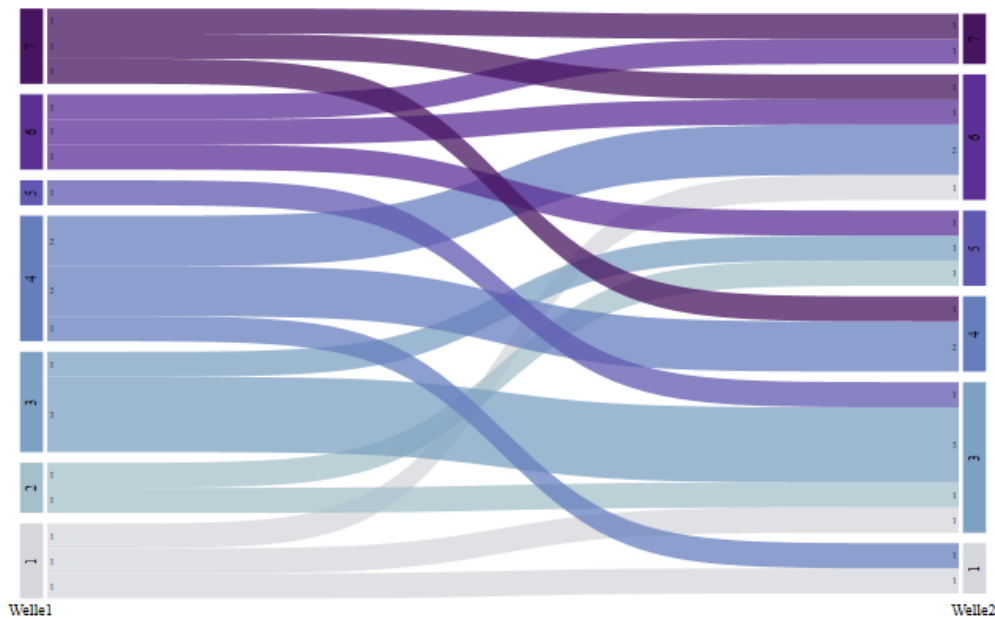


Abbildung 13: Individuelle Zustimmungswerte zu der Aussage „Klimapolitische Maßnahmen sollten immer demokratisch ausgehandelt werden, auch wenn dies wegen langer Aushandlungsprozesse bedeutet, nicht schnell genug das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen“ in beiden Wellen (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme nicht zu, 3=stimme eher nicht zu, 4=indifferent, 5=stimme eher zu, 6=stimme zu, 7=stimme voll zu).

Um die Demokratiekonzeptionen der Teilnehmenden zu messen, wurde eine Itembatterie von insgesamt neun Items abgefragt. Jeweils drei der Items lassen sich als Faktoren den drei Demokratiekonzeptionen „populistisch-antipluralistisch“, „liberal-technokratisch“ und „deliberativ-prozeduralistisch“ zuordnen, wie eine Vorgängerstudie gezeigt hat (Landwehr/Steiner 2017). Abbildung 14 zeigt die Items, gruppiert nach Demokratiekonzeptionen, mit den jeweiligen durchschnittlichen Antwortwerten.

	Befragung vor dem Prozess	Befragung nach dem Prozess
<b>Populistisch-antipluralistische Demokratiekonzeption</b>	<b>2,7</b>	<b>3 (+0,3)</b>
<i>In der Regel lassen sich Konflikte nicht durch Diskussion und Verhandlungen lösen.</i>	2,33 „stimme nicht zu“	2,29 (-0,04) „stimme nicht zu“
<i>Wenn sich für eine Entscheidung eine große Mehrheit in der Bevölkerung findet, spricht das dafür, dass die Entscheidung richtig ist.</i>	3,1 „stimme eher nicht zu“	3,57 (+0,47) „indifferent“
<i>Konflikte zwischen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.</i>	2,67 „stimme eher nicht zu“	3,1 (+0,43) „stimme eher nicht zu“
<b>Liberal-technokratische Demokratiekonzeption</b>	<b>4,08</b>	<b>3,75 (-0,33)</b>
<i>Es ist wichtig, dass politische Entscheidungen von Menschen mit Expertise und Erfahrung getroffen werden.</i>	4,95 „stimme eher zu“	4,48 (-0,47) „indifferent“
<i>Manchmal ist es besser, wenn politische Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden.</i>	2,62 „stimme eher nicht zu“	2,57 (-0,05) „stimme eher nicht zu“
<i>Die Parlamentsabgeordneten sollten nach ihrem Gewissen entscheiden, auch wenn die Mehrheit der Bürger gerade einmal anderer Meinung ist.</i>	4,67 „stimme eher zu“	4,19 (-0,48) „indifferent“
<b>Deliberativ-prozeduralistische Demokratiekonzeption</b>	<b>5,86</b>	<b>5,93 (+0,07)</b>
<i>Alle Bürgerinnen und Bürger sollten die gleiche Möglichkeit haben, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.</i>	5,95 „stimme zu“	5,9 (-0,05) „stimme zu“
<i>Es ist in der Demokratie wichtig zu verstehen, aus welchen Gründen andere Menschen andere Meinungen haben.</i>	6,1 „stimme zu“	6,14 (+0,04) „stimme zu“
<i>Wichtige politische Entscheidungen sollten im Gespräch getroffen werden. Eine bloße Abstimmung reicht nicht.</i>	5,52 „stimme zu“	5,76 (+0,24) „stimme zu“

Abbildung 14: Itembatterie zu Hypothese 3 – Der Zuspruch der Teilnehmenden zu einer deliberativ-prozeduralistischen Demokratiekonzeption steigt im Vergleich zu populistisch-antipluralistischen und liberal-technokratischen Demokratiekonzeptionen (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme nicht zu, 3=stimme eher nicht zu, 4=indifferent, 5=stimme eher zu, 6=stimme zu, 7=stimme voll zu).

Es zeigt sich, dass die Zustimmung zu einer deliberativ-prozeduralistischen Demokratiekonzeption geringfügig zunimmt, während ein liberal-technokratisches Demokratieverständnis von den Befragten nach dem Prozess weniger stark vertreten wird. Am stärksten nimmt jedoch die Zustimmung zur populistisch-antipluralistischen Demokratiekonzeption zu, weshalb Hypothese 3 nicht bestätigt werden kann. Ein Blick auf die Befragung der ersten Welle relativiert dieses Ergebnis wiederum, da

deutlich wird, dass die Befragten zu Beginn eher niedrige Zustimmungswerte zu den populistisch-antipluralistischen („stimme eher nicht zu“) und liberal-technokratischen („indifferent“) Items angeben, während sie der deliberativ-prozeduralistischen Konzeption allgemein zustimmen. Das ist insofern nicht überraschend, als es die Vermutung begründet, dass Menschen, die ohnehin schon geneigt sind, prozeduralistische Verständnisse des demokratischen Prozesses zu vertreten, eher gewillt sind, an einem solchen Beteiligungsformat teilzunehmen. Diese aggregierten Zustimmungswerte ändern sich auch über den Verlauf nicht wesentlich, d.h. sie verbleiben in den jeweiligen Antwortkategorien, wie Abbildungen 15 und 16 veranschaulichen.

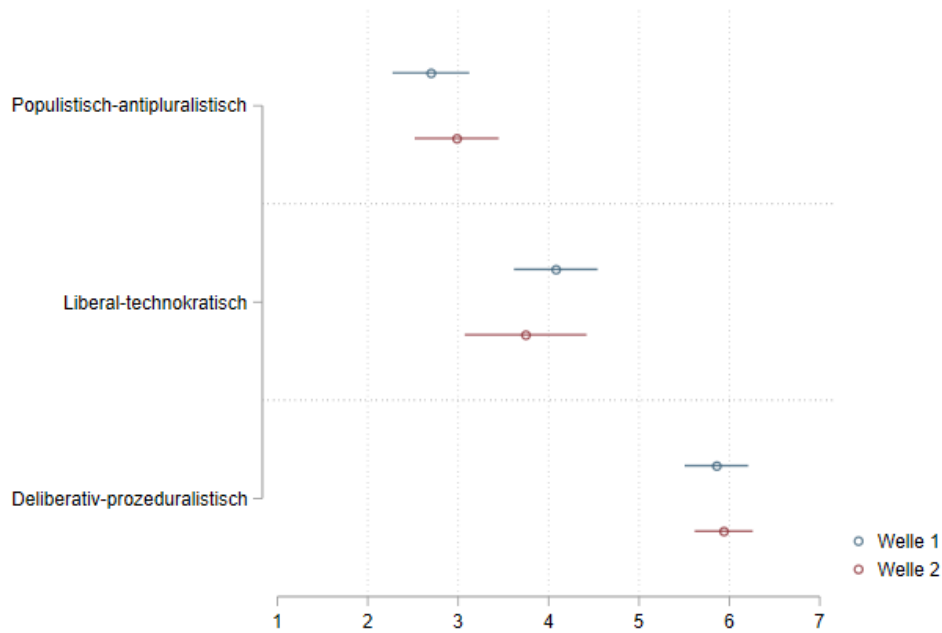


Abbildung 15: Aggregierte durchschnittliche Zustimmungswerte zu den Demokratiekonzeptionen in beiden Befragungswellen (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme nicht zu, 3=stimme eher nicht zu, 4=indifferent, 5=stimme eher zu, 6=stimme zu, 7=stimme voll zu).



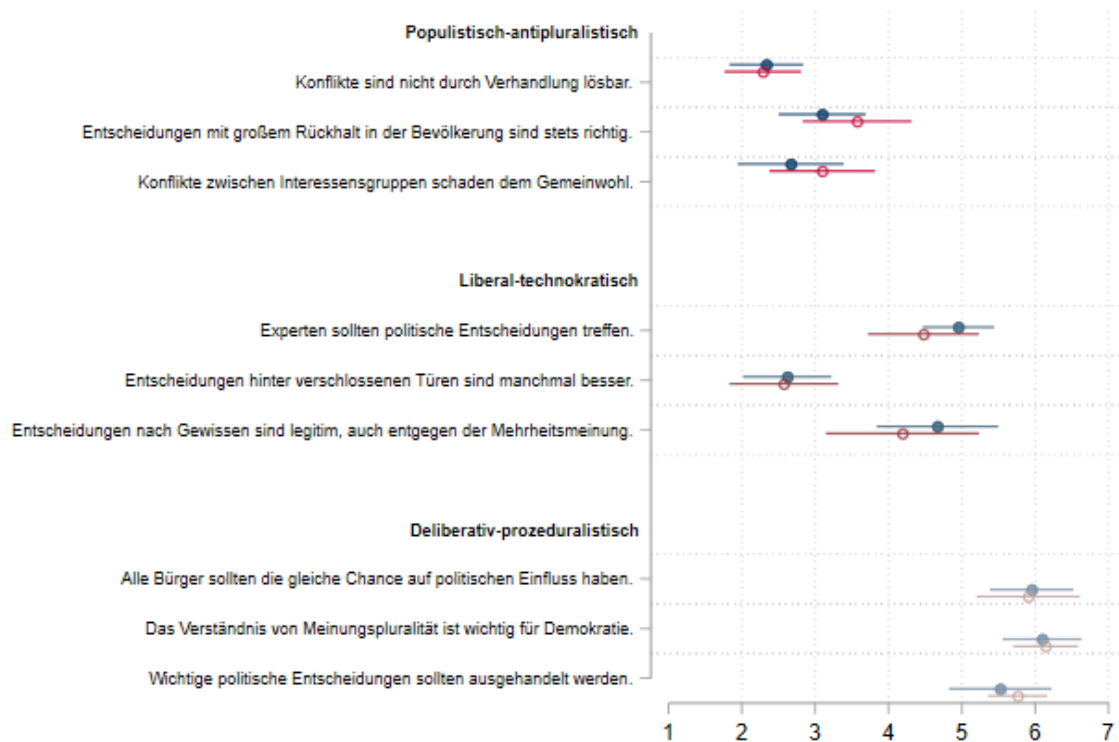


Abbildung 16: Durchschnittliche Zustimmungswerte zu den Items zu Hypothese 3 für beide Befragungswellen (Welle 1=blau, Welle 2=rot); (n=21; Antwortmöglichkeiten: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme nicht zu, 3=stimme eher nicht zu, 4=indifferent, 5=stimme eher zu, 6=stimme zu, 7=stimme voll zu).

Am stärksten steigen die Zustimmungswerte für zwei Aussagen, die dem populistisch-antipluralistischen Demokratieverständnis zugeordnet sind, nämlich: „Wenn sich für eine Entscheidung eine große Mehrheit in der Bevölkerung findet, spricht das dafür, dass die Entscheidung richtig ist“ und „Konflikte zwischen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl“. Die höhere Zustimmung zur ersten Aussage könnte zu einem Teil auf die Erfahrung von großer Einigkeit und die Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Empfehlung seitens der Teilnehmenden zurückzuführen sein. Der Prozess war darauf ausgelegt, Konflikte tendenziell zu befrieden, um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Inwiefern dies zu einer Ablehnung von Konflikthaftigkeit im Allgemeinen beitragen kann, ob sich ähnliche Muster in anderen Mini-Publics zeigen und welche Implikationen dies für deren Rolle in demokratischen Entscheidungsprozessen hat, könnte künftig tiefergehend erforscht werden.

### 3.3 Auswirkungen und Folgen des Prozesses

Politische Partizipationsverfahren sind gegenstandslos, wenn sie nicht eine Form von Einfluss haben, der über den eigentlichen Prozess hinausgeht. Zentral ist der Einfluss der Handlungsempfehlungen auf die Politikgestaltung, der nach einer Sicherstellung von Reaktionen der adressierten politischen Stellen und entsprechenden Schritten der Folgebearbeitung verlangt (a). Neben einem höheren Wissen über den Gegenstand, Veränderungen in den politische Präferenzen und auch Demokratieverständnissen lassen sich weitere Auswirkungen auf die Teilnehmenden solcher Verfahren feststellen. Diese können gute Gründe für die Durchführung von Mini-Publics liefern; auch weil sie über den Prozess

hinausweisen und Teilnehmende nachhaltig in die Lage versetzen, ihr entwickeltes Anliegen als Multiplikator:innen in das eigene Umfeld zu tragen und politisch aktiv zu bleiben (b).

#### (a) Reaktion und Folgebearbeitung

Auch wenn es bereits einige Beispiele von Mini-Publics mit gewissen Entscheidungskompetenzen gibt (Gerwin 2018; Smith 2021: 100-104), beschränkt sich ihre Rolle in den meisten Fällen auf die eines Beratungsgremiums (Setälä/Smith 2018: 306). Dies war auch die Rolle des DKII. Mindestens sollte es in solchen Fällen eine Verpflichtung der adressierten politischen Stellen dazu geben, die Ergebnisse anzuhören und Stellung zu beziehen (Farrell et al. 2019: 9). Im Fall des DKII wurde dies zum einen dadurch realisiert, dass manche adressierte Akteure, wie einzelne Stadtverordnete und Personen aus den Dezernaten, schon in Teilen während des Prozesses oder bei der abschließenden Abstimmung zugegen waren. Zum anderen bestand formal ein Anhörungsrecht vor den zuständigen Ausschüssen und Dezernaten. Um die entsprechenden Organe politischer Entscheidungsfindung gegenüber der Beachtung der Empfehlungen rechenschaftspflichtig zu halten und so auch einem selektiven Umgang mit den Ergebnissen vorzubeugen, sollte ein Prozess der Nachverfolgung stattfinden (Cherry et al. 2021: 6; Farrell et al. 2019: 9). Teil dessen war zum einen die Präsentation der Handlungsempfehlungen durch einige Teilnehmende vor Mitgliedern des Magistrats und Pressevertreter:innen im Februar 2022. Weiterhin wurden diese, unterstützt durch das Organisationsteam, in den betreffenden Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, wurde der Bericht auch auf der Website des Demokratiekonvents veröffentlicht und über Social-Media-Kanäle verbreitet. Eine Folgeveranstaltung, in welcher der Stand der Umsetzung mit Teilnehmenden gemeinsam evaluiert werden soll, ist für Februar 2023 angesetzt. Bislang fand ein weitergehendes Treffen zwischen einer Projektgruppe des DKII und der zuständigen Dezernentin statt, um über die Implementierung des Projekts „Babbelbänksche“ zu sprechen. Erwartbar reagiert die Stadt damit als erstes auf das Projekt, das finanziell und politisch am niedrigschwelligsten erscheint. Der DKII war nicht in einem umfassenderen Plan öffentlicher Beteiligung an der Frankfurter Klimapolitik integriert. Ein solcher Anschluss an weitergehende öffentliche Dialogrunden oder ein Bürgerentscheid hätten den Ergebnissen zu mehr Salienz und höheren Umsetzungschancen verhelfen können. Das zeigt sich auch anhand von Auswertungen lokaler Klima-Bürger:innenräte in Großbritannien (Cherry et al. 2021: 62; 67).

#### (b) Einfluss auf die Teilnehmenden

Durch die Teilnahme an einer Mini-Public steigt sowohl das politische Interesse als auch die Selbstwirksamkeitserfahrung bei den Teilnehmenden (Curato et al. 2021, 48; Fishkin 2009: 141; Knobloch/Gastil 2015; Smith 2003: 88). Sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene ließ sich eine Steigerung von Selbstwirksamkeitsgefühl und Handlungskompetenz beobachten. Beispielhaft dafür steht die nach dem Prozess gegebene Antwort einer teilnehmenden Person auf die Frage, wen sie ihrer Meinung nach in dem Verfahren repräsentiere: „Alle Klimabewegten!“. Ein Ausdruck kollektiver Handlungskompetenz schlägt sich in der verschriftlichten Handlungsempfehlung selbst nieder, welche mit den Worten „Wir sind eine wichtige Stimme Frankfurts“ eingeleitet wird. Mehrmals kam seitens der Teilnehmenden während des Prozesses die Frage auf, wie sie die gelernten Inhalte und ihre entwickelten Anliegen in ihr eigenes soziales Umfeld tragen könnten. Um weiterhin in Kontakt zu bleiben und sich austauschen zu können, haben sie bereits während des ersten Wochenendes eine Liste mit Kontaktdaten untereinander herumgehen lassen.

Vor allem das Beispiel des französischen Klima-Bürger:innenrats zeigt, dass Teilnehmende häufig im Anschluss an den Prozess politisch aktiv bleiben. Hier riefen sie etwa kollektiv eine Organisation zur Überwachung der Umsetzung der Ergebnisse ins Leben. Eine Person veröffentlichte ein Buch über ihre Erfahrungen, und mindestens sechs der Teilnehmenden traten Parteien bei und ließen sich für Wahlen aufstellen (Giraudet et al. 2022: 9). In persönlichen Gesprächen bekräftigten auch einige der Teilnehmenden des DKII, sich weiterhin einbringen zu wollen. Zum einen taten viele von ihnen dies durch die bereits erwähnte Präsentation ihrer Anliegen in den entsprechenden Dezernaten. Zum anderen treibt ein teilnehmender Hochschulprofessor das Thema des Klimaschutzes durch die Konzipierung eines Forschungsprojekts weiter voran. Auch sind zwei weitere Teilnehmende aktive Mitglieder des Vereins „mehr als wählen“ geworden und fördern so dessen demokratiepolitisches Anliegen, dessen Teil sie durch ihre Auswahl zum DKII geworden sind.

#### 4. Fazit

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass der DKII einen durchdachten und professionell durchgeführten Beteiligungsprozess darstellt, der den geläufigen Standards guter Mini-Publics auf kommunaler Ebene gerecht wird. In Kombination mit der gezielten Ansprache bestimmter sozialer Gruppen sorgte die Zufallsauswahl weitgehend für externe Inklusion, insbesondere da keine Zusagen abgelehnt wurden. Als Nachteil dieses Vorgehens stellte sich jedoch das durchaus typische Muster von eher männlichen und eher älteren Teilnehmenden heraus, was die demografische Repräsentativität des DKII mindert. Intern wurde Inklusion durch das gezielte und methodisch durchdachte Herstellen einer wertschätzenden Atmosphäre und durch professionelle Moderation sichergestellt. Positiv ist insbesondere die Anbindung an die Frankfurter Stadtpolitik und Verwaltung herauszuheben. Diese war durchgehend präsent: Von der offiziellen Eröffnung durch die Bürgermeisterin und der Begleitung der Wissensaufbereitung durch die Verwaltung bis zur Einbindung von Stadtverordneten in die Beratschlagung der Ideen und der Umsetzung des im Voraus eingeholten Anhörungsrechts. Diese Kopplung war nicht nur inhaltlich hilfreich, sondern diente auch als ein Faktor der Motivation der Teilnehmenden. Deren kollektive Handlungskompetenz wurde durch den Prozess merklich gefördert. Einzelne Personen bleiben sogar über den DKII hinaus politisch aktiv, was dem Ziel der Organisator:innen, die kommunale Ebene als Keimzelle politischen Handelns spürbar zu machen, gerecht wird.

Als problematisch stellt sich die vergleichsweise hohe Abbruchquote heraus, welche aufgrund der Pandemielage allerdings nicht dem Organisationsteam anzulasten ist. Effekte der Selbstselektion wirken sich zudem nicht nur auf die bereits erwähnte demografische Repräsentativität, sondern auch auf die Repräsentation von Einstellungen aus: Die Angaben der Befragten deuten darauf hin, dass ein Großteil der Teilnehmenden bereits eine klare Präferenz für mehr Klimaschutz sowie ein deliberativ-prozeduralistisches Verständnis von Demokratie vertreten hat. Sofern sich dies nicht mit den Einstellungen der Frankfurter Bevölkerung decken sollte, was in diesem Rahmen nicht überprüft werden konnte, könnte dies dazu führen, dass die Empfehlungen von Außenstehenden nicht als legitim angesehen werden. Im Rahmen des Wissensinputs hätte eine zusätzliche Perspektive, etwa die eines neutraleren wissenschaftlichen Standpunktes oder die eines wirtschaftlichen Akteurs in Frankfurt, zusätzliche relevante Impulse geben können. Nicht unkritisch ist zuletzt der Umstand zu bewerten, dass der Umgang mit den Empfehlungen des DKII über das Anhörungsrecht hinaus unklar ist. Die Stadtpolitik ist dadurch frei, sich die „tiefhängenden Früchte“ unter den Empfehlungen herauszupicken und ambitioniertere Vorschläge fallenzulassen. Das mindert möglicherweise die effektive Wirkung des DKII auf die Klimaschutzpolitik Frankfurts und könnte in letzter Instanz auch zu Enttäuschung seitens

der Teilnehmenden führen. Da die Frage der Verpflichtung letztlich von der Bereitschaft der Stadtpolitik abhängt, können die Organisator:innen jedoch kaum Einfluss hierauf nehmen. Eine breitere Wirkung könnte ein künftiger Demokratiekonvent etwa dadurch entfalten, dass ihm ein Bürgerentscheid nachgeschaltet wird. Eine stärkere Einbindung der Öffentlichkeit, und dadurch eine höhere Legitimität der Ergebnisse, könnte zudem durch vorausgehende Dialogrunden zwischen zivilgesellschaftlichen Interessensparteien oder durch die Möglichkeit aller Frankfurter Bürger:innen, Eingaben an den Konvent zu machen, erreicht werden. All diese Optionen setzen, um wirksam zu sein, eine gesteigerte Öffentlichkeitsarbeit voraus.

Wie erwartet stieg bei den befragten Teilnehmenden sowohl das Wissen zur Klimapolitik als auch die Präferenz für mehr Klimaschutz, wenngleich die Veränderungen eher gering waren. Einige plausibel erscheinende Erklärungsansätze hierfür wurden in Abschnitt 3.2 skizziert. Auch die Wahrnehmung, Außenstehende durch die Teilnahme am Prozess politisch zu vertreten, stieg im Verlauf an. Offen und relevant bleibt hierbei die Frage, ob der Einsatz von zwei verschiedenen Auswahlmethoden bei den Teilnehmenden zu unterschiedlichen Wahrnehmungen ihrer (Repräsentations-)Rolle führte. Die Aussagekraft dieser wissenschaftlichen Begleitstudie bleibt aufgrund der Tatsache beschränkt, dass nur rund die Hälfte der am Ende unterzeichnenden Teilnehmenden sowohl vor als auch nach dem Prozess befragt werden konnte. Künftig sollten zudem die Teilnehmenden selbst systematisch über ihre Wahrnehmung der Qualität des Prozesses befragt werden. Dies würde die Evaluation um deren zentrale Perspektive erweitern und böte insbesondere hinsichtlich der Deliberationserfahrung und der internen Inklusion eine bessere Bewertungsgrundlage. Um die Gruppe der Teilnehmenden mit den Einwohner:innen Frankfurts vergleichen zu können, bietet es sich künftig außerdem an, entsprechende Erhebungen unter der Stadtbevölkerung durchzuführen.

## Literaturverzeichnis

- Beauvais, Edana/Warren, Mark E. (2019): What can deliberative mini-publics contribute to democratic systems? in: *European Journal of Political Research*, 58 (3), 893–914.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2019): Zweiter Gleichstellungsbericht: Eine Zusammenfassung, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/122398/87c1b52c4e84d5e2e5c3bdfd6c16291a/zweiter-gleichstellungsbericht-der-bundesregierung-eine-zusammenfassung-data.pdf>
- Buge, Eric/Vandamme, Pierre-Étienne (2022): Conflicts of Legitimacies in Representative Institutions: The Case of the French Citizen Convention for Climate, in: *Representation*, <https://doi.org/10.1080/00344893.2022.2094453>
- Curato, Nicole/Hammond, Marit/Min, John B. (2019): *Power in Deliberative Democracy: Norms, Forums, Systems*, Cham: Palgrave Macmillan.
- Curato, Nicole/Farrell, David M./Geissel, Brigitte/Grönlund, Kimmo/Mockler, Patricia/Pilet, Jean-Benoit/Renwick, Alan/Rose, Jonathan/Setälä, Maija/Suiter, Jane (2021): *Deliberative Mini-Publics: Core Design Features*, Bristol: Bristol University Press.
- Dean, Rikki/Hoffmann, Felix/Geissel, Brigitte/Jung, Stefan/Wipfler, Bruno (2022): Citizen Deliberation in Germany: Lessons from the 'Bürgerrat Demokratie', in: *German Politics*. doi: 10.1080/09644008.2022.2088732
- Devaney, Laura/Torney, Diarmuid/Brereton, Pat/Coleman, Martha (2020): Ireland's Citizens' Assembly on Climate Change: Lessons for Deliberative Public Engagement and Communication, in: *Environmental Communication*, 14 (2), 141–146.
- Eichhorn, Sina (2022): Mit eigenen Ideen Richtung Klimaschutz, in: *Journal Frankfurt Online*, [https://www.journal-frankfurt.de/journal\\_news/Gesellschaft-2/Demokratiekonvent-Mit-eigenen-Ideen-Richtung-Klimaschutz-38776.html](https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Gesellschaft-2/Demokratiekonvent-Mit-eigenen-Ideen-Richtung-Klimaschutz-38776.html) (05.12.2022).
- Elstub, Stephen/Carrick, Jayne/Farrell, David M./Mockler, Patricia (2021): The Scope of Climate Assemblies: Lessons from the Climate Assembly UK, in: *Sustainability*, 13 (20), 1-17. <https://doi.org/10.3390/su132011272>
- Cherry, Catherine/Capstick, Stuart/Demski, Christina/Mellier, Claire/Stone, Lucy/Verfuerth, Caroline (2021): *Citizens' climate assemblies: Understanding public deliberation for climate policy*, Cardiff: The Centre for Climate Change and Social Transformations.
- Farrell, David M./Suiter, Jane/Harris, Clodagh (2019): 'Systematizing' constitutional deliberation: the 2016–18 citizens' assembly in Ireland, in: *Irish Political Studies*, 34 (1), 113–123.
- Farrell, David M./Curato, Nicole/Dryzek, John S./Geißel, Brigitte/Grönlund, Kimmo/Marien, Sofie/Niemeyer, Simon/Pilet, Jean-Benoit/Renwick, Alan/Rose, Jonathan/Setälä, Maija/Suiter, Jane (2019): *Deliberative Mini-Publics: Core Design Features*, in: Centre for Deliberative Democracy & Global Governance, Working Paper Series No. 2019/.
- Fishkin, James S. (2009): *When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation*, Oxford: Oxford University Press.
- Fishkin, James S. (2018): *Democracy When the People Are Thinking: Revitalizing Our Politics Through Public Deliberation*, Oxford: Oxford University Press.
- Gerwin, Marcin (2018): *Citizens' Assemblies: Guide to democracy that works*, Kraków: Otwarty Plan.

- Giraudet, Lous-Gaëtan/Apouey, Bénédicte/Arab, Hazem/Baeckelandt, Simon/Bégout, Philippe/Berghmans, Nicolas/Blanc, Nathalie/Boulin, Jean-Yves/Buge, Eric/Courant, Dimitri/Dahan, Amy/Fabre, Adrien/Fourniau, Jean-Michel/Gaborit, Maxime/Granchamp, Laurence/Guillemot, Hélène/Jeanpierre, Laurent/Landemore, Hélène/Laslier, Jean-François/Macé, Antonin/Mellier, Claire/Mounier, Sylvain/Pénigaud, Théophile/Póvoas, Ana/Rafidinarivo, Christiane/Reber, Bernard/Rozencwajg, Romane/Stamenkovic, Philippe/Tilikete, Selma/Tournus, Solène (2022). "Co-construction" in deliberative democracy: lessons from the French Citizens' Convention for Climate, in: *Humanities and Social Sciences Communications*, 9 (2021), 1-16, <https://doi.org/10.1057/s41599-022-01212-6>
- Habermas, Jürgen (1998): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Harris, Clodagh (2019): Mini-publics: design choices and legitimacy, in: Elstub, Stephen/Escoibar, Oliver (Hg.): *Handbook of Democratic Innovation and Governance*, Cheltenham, UK & Northampton, MA, USA: Edward Elgar, 45– 59.
- Knobloch, Katherine R./Gastil, John (2015): Civic (Re)socialization: The Educative Effects of Deliberative Participation, in: *Politics*, 35 (2), 183-200.
- Kuyper, Jonathan W./Wolkenstein, Fabio (2019): Complementing and correcting representative institutions: When and how to use mini-publics, in: *European Journal of Political Research*, 58, 656-675.
- Landemore, Hélène (2020): *Open Democracy: Reinventing Popular Rule for the Twenty-First Century*. Princeton: Princeton University Press.
- Landwehr, Claudia (2012): Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation: Theorien deliberativer Demokratie, in: Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal Gary S. (Hg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie Band 1: Normative Demokratietheorie*, Wiesbaden: Springer VS, 355–386.
- Landwehr, Claudia (2014): Facilitating Deliberation: The Role of Impartial Intermediaries in Deliberative Mini-Publics, in: Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija (Hg.): *Deliberative Mini-Publics: Involving Citizens in the Democratic Process*, Colchester: ECPR Press, 77–92.
- Landwehr, Claudia/Steiner, Nils D (2017): Where Democrats Disagree: Citizens' Normative Conceptions of Democracy, in: *Political Studies*, 65 (4), 786-804.
- mehr als wählen e.V. (2021): *Handlungsempfehlung: Frankfurt macht (Klima)Politik 2021*, <https://usercontent.one/wp/www.demokratiekonvent.de/wp-content/uploads/2021/12/Handlungsempfehlung-Demokratiekonvent-2021.pdf>
- Mellier-Wilson, Claire (2020): *Convention Citoyenne pour le Climat: What can we learn from the French Citizens' Assembly on climate change?*, in: *involve Website*, <https://www.involve.org.uk/resources/blog/opinion/convention-citoyennepour-le-climat-what-can-we-learn-french-citizens>
- Niemeyer, Simon (2013): Democracy and Climate Change: What Can Deliberative Democracy Contribute? in: *Australian Journal of Politics and History*, 59 (3), 429–448.
- OECD (2021): *Evaluation Guidelines for Representative Deliberative Processes*, Paris: OECD Publishing, <https://doi.org/10.1787/10ccbfcb-en>
- Riedy, Chris/Herriman, Jade (2011): Deliberative Mini-publics and the Global Deliberative System: Insights from an Evaluation of World Wide Views on Global Warming in Australia, in: *PORTAL: Journal of Multidisciplinary International Studies*, 8 (3), 1–29.
- Sass, Jensen/Dryzek, John S. (2014): Deliberative Cultures, in: *Political Theory*, 42 (1), 3–25.
- Setälä, Maija (2017): Connecting deliberative mini-publics to representative decision making, in: *European Journal of Political Research*, 56, 846-863.

- Setälä, Maija/Smith, Graham (2018): Mini-Publics and Deliberative Democracy, in: Bächtiger, André/Dryzek, John S./Mansbridge, Jane/Warren, Mark E. (Hg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*, Oxford: Oxford University Press, 300–314.
- Smith, Graham (2003): *Deliberative Democracy and the Environment*, London: Routledge.
- Smith, Graham (2009): *Democratic Innovations: Designing institutions for citizen participation*, New York: Cambridge University Press.
- Smith, Graham (2021): *Can Democracy Safeguard the Future?* Cambridge: Polity Press.
- Steel, Daniel/Naseeb, Bolduc/Jenei, Kristina/Burgees, Michael (2020): Rethinking Representation and Diversity in Deliberative Mini-Publics, in: *Journal of Deliberative Democracy*, 16 (1), 46-57.
- Young, Iris Marion (1996): *Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy*, in: Benhabib, Seyla (Hg.): *Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton: Princeton University Press.